

BERNARD LEWIS

Kommunismus und Islam

Ansprache von Professor Bernard Lewis vor dem Chatham House (Royal Institute of International Affairs). Mit Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „INTERNATIONAL AFFAIRS“ (Heft 1, Januar 1954) entnommen.

In diesem Artikel möchte ich untersuchen, in welchem Ausmaß Islam und Kommunismus vereinbar sind — d. h. in welchem Ausmaße diejenigen, die im Islam erzogen sind, innerlich bereit sind, die kommunistische Lehre anzunehmen oder sie zu verwerfen. Ich werde nicht den Versuch machen, Infiltration und Propaganda des Kommunismus in mohammedanischen Ländern oder den Grad seines Erfolges oder Versagens zu untersuchen — das ist ein Unterfangen, das andere Fachkenntnisse und Informationsquellen erfordert als die, die mir zur Verfügung stehen. Es ist vielmehr meine Absicht zu ergründen, welche Eigenschaften oder Neigungen im Islam, in der islamischen Kultur und Gesellschaft vorhanden sind, die das Vordringen des Kommunismus erleichtern oder auch verhindern könnten.

Zweifellos wird sofort der Einwand erhoben werden, daß der Islam eine auf Offenbarung beruhende Religion ist, und islamischer Glaube und marxistische Ideologie selbstverständlich unvereinbar sind. Das ist zweifellos richtig. Dasselbe könnte mit gleichem Recht vom orthodoxen, katholischen oder protestantischen Christentum oder Judentum oder von jeder anderen Religion, die diese Bezeichnung mit Recht trägt, gesagt werden. Nichtsdestoweniger hat die doktrinaire Unvereinbarkeit viele ehemalige Anhänger dieser Religionen doch nicht davon abgehalten, Kommunisten zu werden. Zweifellos wird der eifrige und fromme moslemische Theologe, der den tieferen Sinn des dialektischen Materialismus studiert und verstanden hat, ihn verwerfen, doch ist das Zusammentreffen solcher Umstände weder alltäglich noch von weitreichender Bedeutung. Die Frage sollte vielmehr so lauten: Welche Faktoren oder Eigenschaften setzt bei dem Kampf zwischen den westlichen Demokratien und dem sowjetischen Kommunismus um Einfluß auf die islamische Welt die islamische Tradition ein, und welche sind dem gegenwärtigen Stadium der islamischen Gesellschaft und Geisteshaltung eigen, die die geistig und politisch tätigen Gruppen veranlassen könnten, sich die kommunistischen Grundsätze und Regierungsmethoden zu eigen zu machen, und die übrigen, sie anzunehmen?

Bevor ich fortfahre, glaube ich, daß ein Verfasser, der über ein solches Thema schreibt, dem Leser eine Erklärung über seinen eigenen politischen Standpunkt schuldig ist. Ich gestehe gerade heraus, daß es mir an einer Qualifikation mangelt, die heutzutage für Autorität und Ansehen allgemein als unerlässlich erscheint — ich bin kein Ex-Kommunist. Ich kann jedoch als mildernde Umstände geltend machen, daß ich einer Generation angehöre, die tief von den Geschehnissen in Rußland berührt wurde, und die, ganz allgemein gesagt, fühlte, daß die russische Revolution trotz aller Brutalitäten und Verbrechen für die Menschheit etwas Wertvolles und Wesentliches darstellte — „wie ein Blitz in der Dämmerung“ — daher habe ich vielleicht ein gewisses Verständnis für die Anziehungs-

kraft des kommunistischen Glaubens und für den Widerwillen gegen ihn. Zu meinem eigenen politischen Standpunkt möchte ich sagen, daß ich die parlamentarische Demokratie, wie sie im Westen geübt wird, mit all ihren offensichtlichen Fehlern für die beste und gerechteste Regierungsform halte, die je von Menschen erdacht wurde. Aber gleichzeitig halte ich ihr Funktionieren für außerordentlich schwierig, da sie gewisse Voraussetzungen an geistiger Verfassung und gesellschaftlicher Ordnung und

INHALT DIESER BEILAGE:

Bernard Lewis:

Kommunismus und Islam

Abdel Megid Amin:

Deutsche Orientpolitik heute (S. 102)

Alfred Joachim Fischer:

Siegt Atatürk über das Grab hinaus? (S. 106)

Tradition, vielleicht sogar in der Frage des Klimas für eine wirkungsvolle Arbeit erfordert. Sie hat feste Wurzeln nur bei den Völkern am nördlichen und nordwestlichen Rande Europas und in den Überseegebieten geschlagen, die von Menschen europäischer Herkunft kolonisiert wurden. In einigen anderen Ländern führte oder führt sie immer noch ein recht unsicheres Dasein und in wieder anderen ist sie in einem zwar vielversprechenden, aber noch unentwickelten Wachstum begriffen — aber im übrigen ist sie dem Rest der Menschheit im größten Teil der Welt und während des größten Teils der Geschichte unbekannt.

Da ich mir also bewußt bin, daß die parlamentarische Demokratie weit davon entfernt ist, zur allgemeinen Lebenserfahrung der Menschheit zu gehören, so bin ich leider keineswegs sicher, daß sie den Menschen gewöhnlich bestimmt ist. Daher werde ich die so oft geübte Praxis zu vermeiden trachten, die zugleich ungenau und nicht ratsam ist, nämlich das Dilemma der Welt als eine einfache Wahl zwischen Kommunismus und parlamentarischer Demokratie darzustellen; und daher das Vorhandensein einer parlamentarischen Regierung zum allgemeinen Test politischer und selbst moralischer Tugenden zu machen — mit anderen Worten, unseren eigenen gegenwärtigen Lebensstil zum alleingültigen Vorbild zu erheben, und alle Abweichungen für zwangsläufig schlecht zu halten und alle Alternativen unterschiedslos als etwas Böses zu empfinden. Dieser allerdings nicht immer angewandte Grundsatz führt zu solch logi-

scher und politischer Absurdität wie dem Buhlen um die Gunst von Sklaven besitzenden und polygam lebenden Autokraten auf einem anderen Kontinent, während gleichzeitig die Regierung Spaniens schroff abgelehnt wird — weil sie die bürgerliche Freiheit mißachtete. Unglücklicherweise aber bilden wir in der Geschichte und Geographie die Ausnahme, und nicht die Volksvertretung sondern die autoritäre Regierung entspricht am ehesten der allgemeinen Lebenserfahrung der Menschheit. Im größten Teil der Welt ist die Autokratie wenn auch weniger anziehend so doch vertrauter und verständlicher als die Demokratie, und selbst die willkürliche und unberechenbare Diktatur Moskaus ist für viele Menschen in Asien und Afrika — und selbst auch für viele in Europa — weder so fremd noch so abstoßend wie für uns. Sicherlich sollten wir alles daran setzen, die Entwicklung freier Institutionen zu ermutigen, wo immer dies möglich ist; aber gleichzeitig tun wir gut daran, uns zu erinnern, daß die parlamentarische Demokratie einem großen Teil der Menschheit vage, fremd und unverständlich bleibt, ein Gegenstand der Verwunderung, selbst sogar des Neides, öfter jedoch leider des Mißtrauens und Hasses, der, wie wir gestehen müssen, nicht ganz ungerechtfertigt ist, wenn wir an die Beispiele von Demokratie denken, nach denen allein sie sich ihr Urteil bilden können. Wenn die islamischen Völker gezwungen werden, sich klar zu entscheiden, ob sie ihre eigene Tradition entweder zu Gunsten des Kommunismus oder des Parlamentarismus verlassen wollen, dann befinden wir uns in einem großen Nachteil.

Glücklicherweise für den Islam und für die westliche Welt ist die Wahl nicht nur auf diese beiden einfachen Alternativen beschränkt, denn den islamischen Völkern bleibt immer noch die Möglichkeit, ihre eigene Tradition in vielleicht abgewandelter Form wieder aufzubauen und eine Regierungsform zu entwickeln, die, wenn auch autoritär und vielleicht sogar autokratisch, doch weit entfernt ist von der zynischen Tyrannei der Diktaturen im europäischen Stil. Ich möchte nicht mißverstanden werden — ich würde es viel lieber sehen, wenn alle islamischen Völker in den vollen Genuß einer konstitutionellen Regierung, demokratischer Freiheiten und der freien Entwicklung der Einzelpersonlichkeit gelangen würden, und ich schließe keineswegs die Möglichkeit dieses wünschenswerten Zieles aus; das in einigen begünstigten Ländern schon in Sicht ist. Aber ich möchte meinen Standpunkt klarlegen, daß in einem weiten Teil der islamischen Welt keine Aussicht auf dieses Ziel besteht, und daß außerdem die gegenwärtigen Umstände und tatsächlich auch die alte Tradition des Islams unseren Bemühungen nicht sehr günstig sind. Sie enthalten ganz im Gegenteil viele Elemente, die die moslemische Einzelpersonlichkeit, die moslemischen Klassen oder Nationen, die bereit sind, die traditionellen Werte und Überzeugungen zu verlassen, veranlassen könnten, eher der kommunistischen als der demokratischen Alternative zu folgen.

Das anti-westliche Motiv

Ich schlage vor, einige der mir am wichtigsten erscheinenden Elemente auszuwählen und zu diskutieren, die den Erfolg des Kommunismus in der islamischen Welt begünstigten, und sich mit ihnen nach zwei Gesichtspunkten auseinanderzusetzen: zuerst mit den nebensächlichen Elementen, d. h. mit denjenigen, die Teil der gegenwärtigen geschichtlichen Situation sind, und dann mit den wesentlichen Elementen, d. h. mit denjenigen, die den islamischen Institutionen und Überzeugungen angeboren sind oder ihnen innewohnen.

Das erste und wichtigste nebensächliche Element ist das anti-westliche Motiv. Die Kommunisten sind gegen den Westen und können aus diesem Grunde sofort mit wesentlicher Unterstützung in der islamischen Welt rechnen, gerade so wie es die Nazis in ihrer Zeit taten — es handelte sich dabei weitgehend um das gleiche Motiv der Parteinahme und dieselben Gründe. Wie die Nazis sind auch die Kommunisten anti-westlich in doppeltem Sinne — sie sind gegen die Westmächte, und sie sind auch gegen die westliche Lebensform, gegen die westlichen Institutionen und Ideen. Beide Male finden sie lebhaften Zuspruch. Die gegenwärtige anti-westliche Reaktion in der islamischen Welt ist offensichtlich und gut bekannt. Nach einer Zeit der Bewunderung und Nachahmung im neunzehnten und im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts macht sich jetzt eine allgemeine und wachsende Abneigung bemerkbar. Die allgemeine Aufmerksamkeit wurde in der Hauptsache auf eine ganze Reihe von

spezifischen Anklagepunkten der islamischen Welt gegen den Westen konzentriert — Marokko und Tunis, Suez und der Sudan, Palästina, Abadan und die übrigen, von denen bald der eine oder andere Punkt als Hauptursache für die anti-westliche Einstellung angeführt wurde. Im Westen gibt es immer Leute, die eigennützige Zwecke verfolgen oder ein Vorurteil schaffen wollen und daher den ganzen Verdruß den Untaten ihrer bevorzugten Sündenböcke zuschreiben — den Franzosen oder den Juden, den Amerikanern oder den Engländern — und immer wird ihnen irgendjemand im Orient zustimmen. Die Moslems betonen die Bedeutung einer besonderen Angelegenheit dem Grad ihrer eigenen Beteiligung entsprechend — der Maßstab der westlichen Welt hingegen richtet sich nach dem Grad ihrer Fähigkeit, sich aus den Angelegenheiten herauszuhalten.

In Wirklichkeit sind dies alles nur Symptome oder Erscheinungen einer grundsätzlichen und allgemeinen Abkehr von allem, was westlich ist, und selbst die Beseitigung des einen oder anderen Mißstandes reicht, wie wir in letzter Zeit sahen, nur zu einer örtlichen und vorübergehenden Entspannung. Diese Bewegung setzt sich aus verschiedenen Einzelzügen zusammen, von denen ich die Reaktion gegen den Kolonialismus erwähnen möchte, die schneller anschwillt als der Kolonialgedanke stirbt; Reaktion gegen westliche Privilegien und Arroganz auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet; gegen die Verwirrungen und Umwälzungen, die eine Folge des Zusammenstoßes mit dem Westen sind, gegen die durch westlichen Einfluß und Aktivität verursachten Veränderungen, die keineswegs alle — wie wir uns gerne schmeicheln — segensreich sind.

Der Mann im Schiff

Die liberalen und konstitutionellen Bewegungen in den islamischen Ländern, die im neunzehnten Jahrhundert mit so großen Hoffnungen ins Leben gerufen wurden, erlitten mit wenigen Ausnahmen Schiffbruch, endeten in Enttäuschung und in Mißerfolgen. Die örtlichen Führer verfielen nur allzu oft einem Zynismus und Opportunismus, die das moralische Gefühl jener beleidigten, zu deren Führung sie sich berufen fühlten. Andere wieder suchten Trost in einem wilden fanatischen Fremdenhaß und verdamnten unterschiedslos alles und jedes, was aus dem Westen kam. Sie waren der Ausdruck für den blinden Haß der Massen gegen die fremden und mächtigen Kräfte, die Verwirrung in ihre traditionellen Lebensgewohnheiten gebracht, ihr traditionelles soziales Gleichgewicht zerstört und neue Probleme gestellt hatten, auf die sie jedoch keine wirkungsvolle Antwort zu bieten hatten. Zweifellos ist es von den Moslems ungerecht, den Westen für die übermäßige und planlose Hast ihrer eigenen Reformer und für die Unzulänglichkeit und Selbstüberheblichkeit ihrer eigenen Parlamentarier zu tadeln. Aber wir müssen zugeben, daß die bisherigen Beziehungen des Westens zu der islamischen Welt und seiner internen Politik kein Material zu einer überzeugenden Widerlegung beisteuern.

Kommunistische Propaganda gegen den Westen wird daher immer williges Gehör finden, besonders wenn sie auf die anti-imperialistische Pauke schlägt. Uns dürfte es merkwürdig vorkommen, daß das Reich der Sowjets, das halb Europa noch nicht ganz verdaut hat, in der Lage sein sollte, erfolgreich als Beschützer der Rechte unterdrückter Völker gegen die Imperialisten aufzutreten — daß der Staat, der mit schwerer Hand über so viele moslemische Völker regiert, trotzdem fähig sein sollte, diese Stellung bei anderen moslemischen Völkern aufrecht zu erhalten. Aber es ist so. Für die meisten islamischen Völker ist die Bezeichnung „Imperialist“ — ich spreche hier natürlich von der volkstümlichen Vorstellung — festumrissen und in überraschender Weise festgelegt. Der Imperialist ist immer westlich — tatsächlich ist der Ausdruck „westlicher Imperialist“ eine ganz gewöhnliche und normale Wortfolge, wie German measles (Röteln) oder Spanish flu (Influenza). Der Araber, der gegen den Imperialismus Stellung nimmt, denkt keinen Augenblick daran, daß seine eigenen mutmaßlichen Ahnen, die ein Reich von den Pyrenäen bis zum Oxus eroberten, auch Imperialisten waren, noch denken die Perser daran, daß die gepriesenen Ruhmestaten von Cyrus und Darius nicht weniger imperialistisch waren. Selbst die modernen Japaner werden mit Ausnahme natürlich von ihren unmittelbaren Opfern als etwas anderes angesehen und als grundsätzlich nicht zu den Böcken sondern als zu den Schafen gehörig betrachtet, als schwarze Schafe vielleicht, aber immer noch als Schafe.

Der volkstümliche Prototyp des Imperialisten, das Vorbild für die zeitgenössische, politische Dämonenlehre im Orient, ist westlich und ist außerdem immer ein Seefahrer und Händler. Der Imperialist ist ein Mann in einem Schiff, der übers Meer kommt, an der Küste landet, kauft und verkauft, der seinen Weg ins Inland bahnt und der schließlich durch verschiedene, meist unehrliche Kunstgriffe sein Regiment aufrichtet.

Das ist natürlich nur ein Extrakt und in gewisser Weise eine Verzerrung der Verhältnisse während der Ausbreitung Portugals und der Niederlande, Frankreichs und Englands im sechzehnten Jahrhundert. Tatsächlich ist es die einzige direkte Erfahrung, die die meisten dieser Länder in den letzten Jahrhunderten mit dem Phänomen des Imperialismus gemacht haben. Für die andere Art, für die militärische auf dem Landwege erfolgende Ausbreitung fehlt das richtige Verständnis mit Ausnahme wieder bei denjenigen, die damit direkt zu tun hatten. Die Türkei zum Beispiel kämpfte jahrhundertlang defensiv gegen das russische Vordringen zu Lande, zuerst über das Schwarze Meer, dann durch den Balkan und den Kaukasus. Die Türkei hat außerdem durch Sprache und Ursprung Bindungen an die tartarischen Völker, die jetzt unter sowjetischem Joch leben. Daher wissen die Türken so gut über die Natur des sowjetischen Imperialismus Bescheid, und daher hat die Türkei zu den gegenwärtigen Weltproblemen eine so vollkommen anders geartete Haltung eingenommen. Nur einige Kreise im Rest der islamischen Welt dürften vielleicht den sowjetischen Imperialismus geistig fürchten, aber er ruft in ihnen keine wirkliche gefühlsmäßige Reaktion hervor. Es ist bemerkenswert, daß im allgemeinen die islamische Welt den alten moslemischen Zentren wie Bukhara und Samarkand nicht einmal ein Hundertstel des Interesses und der Aufmerksamkeit gönnt, die sie zum Beispiel für Casablanca, Ismailia und Abadan hat. Selbst die Moslems, die anti-kommunistisch sind, werden oft sagen — und viele von uns müssen es gehört haben — „Zumindest sind die Russen keine Imperialisten“ — und sie glauben wirklich, daß das sowjetische Regime trotz anderer Fehler doch von dem besonderen Stigma frei ist, das die Westmächte ihnen so anrühlich macht. Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß das westliche Rassenvorurteil den Russen sehr zu Hilfe kommt, da sie davon frei zu sein scheinen. Das ist für sie in Asien und Afrika von ungeheurem Wert, der ihnen mutwillig in die Hände gespielt wurde.

Die Kluft zwischen Reich und Arm

Das zweite nebensächliche Element, mit dem ich mich befassen möchte, ist die gegenwärtige Unzufriedenheit in der islamischen Welt, und im besonderen die Unzufriedenheit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Das außerordentliche Elend der Massen und die gefühllose Verantwortungslosigkeit der besitzenden Klassen werden als Quellen möglicher Gefahren genannt. Es ist natürlich zwecklos, diejenigen vor Freiheit und Besitz zu warnen, die beides nicht besitzen; im Gegenteil werden kommunistisches Gedankengut und kommunistische Versprechungen eine große Anziehungskraft auf wesentliche Teile einer Gesellschaft ausüben, die, wie schon oft betont wurde, in vielem der russischen vor Ausbruch der Revolution ähnelt.

Dieser Punkt ist klar und wurde oft erörtert, und es ist daher nicht notwendig, daß ich bei ihm verweile. Drei Tatsachen möchte ich jedoch erwähnen, an die wir uns erinnern sollten, wenn wir von der seit jeher bestehenden Armut und der Verantwortungslosigkeit der Orients sprechen. Die erste Tatsache ist die, daß die Armut, wenigstens in ihrer gegenwärtigen Form, tatsächlich nicht seit jeher vorhanden war. Die Kluft zwischen arm und reich war sicherlich immer vorhanden, aber soweit wir es ermitteln können, war sie in früheren Zeiten nicht so groß und unüberbrückbar wie jetzt.

Die Kluft in ihrer gegenwärtigen Form ist das Ergebnis des Zusammenpralls mit der westlichen Welt. Die Reichen wurden dadurch noch reicher und die Armen noch ärmer, als sie zuvor waren. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Verwestlichung und der Berührung mit dem Westen sind ein komplexes Problem; ich möchte hier nur zwei seiner Seiten erwähnen. Die eine ist die größere Möglichkeit, dank westlicher industrieller, kommerzieller und finanzieller Methoden Güter anzuhäufen und das ständige Anwachsen von Vermögen in einer Größenordnung, die in älteren und einfachen Wirtschaftsformen unbekannt waren; die andere ist die durch westliche Hygiene und soziale Sicherheit geförderte schnelle

Vermehrung der Bevölkerung, der aber kein entsprechender Nahrungsmittelzuwachs gegenübersteht.

Außerdem ist die Kluft zwischen reich und arm nicht nur größer als je zuvor sondern, was vielleicht noch mehr ins Gewicht fällt, auch sichtbarer dank der Einführung westlicher Annehmlichkeiten und dem Zustrom westlicher Konsumgüter, die viel mehr Gelegenheit für öffentlichen Prunk und Genuß bieten. An diesen Veränderungen ist nicht die böse Absicht, noch in größerem Maße die direkte Einnischung der westlichen Bewohner schuld; sie sind vielmehr die Auswirkungen der Berührung mit dem Westen, des westlichen Einflusses und der Verwestlichung ganz allgemein. Der Westen ist jetzt dabei, dem abzuhelfen, und er könnte noch viel mehr in dieser Richtung tun.

Die Rolle der Reformer

Ich sagte, daß weder die Armut des Orients in ihrer gegenwärtigen Form von jeher bestand noch etwa die Verantwortungslosigkeit der führenden Schichten. Vor dem Zusammenprall mit der westlichen Zivilisation von, sagen wir, Ende des achtzehnten Jahrhunderts an aufwärts, war die korporative, wenn auch veraltete Struktur der traditionellen islamischen Gesellschaft noch vorhanden, und das damit verbundene vielschichtige System sozialer und moralischer Pflichten war noch in voller Wirksamkeit. Die alte Gesellschaftsordnung wurde zerschlagen und zwar nicht durch mutwillige Imperialisten, sondern durch eingeborene Reformer, von Männern vom Schläge Mahmud II. in der Türkei und Muhammad Ali's in Ägypten, die mehr zerstörten als sie aufbauten. Was danach kam, ersetzte nicht die alten Bindungen. Dies ist die Ursache für die soziale und politische Formlosigkeit, die so vielen Betrachtungen der modernen islamischen gesellschaftlichen Schichtung ins Auge fiel, für das Fehlen jeglicher Bindungen, abgesehen von den rein persönlichen und familiären; denn die Familie ist die einzige noch lebendige soziale Einheit von tatsächlicher Bedeutung. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Nepotismus, den wir als unerfreuliche Last verdammen, für die Betroffenen eine Tugend ist, nämlich die Bindung an die Familie. Das Dahinschwinden des alten sozialen Ethos und der Zusammenbruch der alten sozialen Bindungen hinterließen ein gefährliches Vakuum, das die sozialen Ideale und Institutionen des Westens nicht zu füllen vermochte.

Drittens behaupte ich, daß nicht die hungernde Bauernschaft, wie oft behauptet wurde, der Gefahrenherd ist, sondern die fordernden Industriearbeiter, die dem Kommunismus die meisten Anwärter stellen. Die Bauern leben zum größten Teil noch innerhalb ihrer traditionellen Verbände und werden durch die Bindung an die Familie und durch ihren Zusammenhalt und die Dorfgemeinschaft getragen. Es sind die halbgelernten oder ungelerten Arbeiter, die ihrer Stammes- oder Dorfgemeinschaft entrissen, der Unterstützung durch das gewohnte System sozialer Beziehungen und gegenseitiger Hilfe beraubt und in eine fremde und bindingslose Umwelt gestellt sind. Der verpflanzte Proletarier oder Arbeiter hofft in der kommunistischen Zelle nicht nur einen Ersatz für das verlorene soziale Rüstzeug zu finden sondern auch in seinen ehrgeizigen Wünschen und seinen Ressentiments bestärkt zu werden, die beide in ihm mit zunehmender beruflicher Geschicklichkeit wachsen.

Der autoritäre Zug in der politischen Tradition des Islam

Ich wende mich jetzt von den nebensächlichen zu den wichtigen Faktoren, die ihren Ursprung in islamischer Gesellschaft und Tradition und im islamischen Denken haben. Der erste Faktor ist der autoritäre, ja wir könnten vielleicht sogar sagen totalitäre Zug in der islamischen politischen Tradition. Heute ist es völlig klar, daß jede totalitäre Regierung den Ansatzpunkt für einen schnellen und leichten Übergang zu einer kommunistischen Diktatur in sich trägt, so anti-kommunistisch ihr Dogma auch gewesen sein mag. Die isolierten und von Gnaden Rußlands lebenden demokratischen Finnen haben es dennoch fertig gebracht, ihre demokratischen Freiheiten während langer und schwerer Jahre zu bewahren. Die mehr oder weniger faschistischen Regierungen Ost- und Zentraleuropas wurden schnell mittels einiger einfacher Berichtigungen in kommunistische Staaten umgeformt, wofür Apparat und Personal zur

Unterdrückung zur Hand und die Menschen gewöhnt waren, sich in ihr Schicksal zu ergeben. Politik und Tradition des Islams enthalten trotz ihrer Verschiedenheit von denen Osteuropas Elemente, die unter gewissen Umständen dem Kommunismus den Weg bereiten könnten.

Viele Versuche wurden gemacht, um zu beweisen, daß Islam und Demokratie identisch sind — die Versuche basierten gewöhnlich auf einem Mißverständnis des Islams oder der Demokratie oder beider. Diese Art Argumente befriedigt nur ein Bedürfnis entwurzelter, moslemischer Intellektueller, die kein Verständnis für die traditionellen islamischen Werte mehr haben oder die dazu nicht mehr fähig sind, und die nun versuchen, ihren ererbten Glauben in Form moderner Ideologie zu rechtefertigen oder vielmehr noch einmal klarzulegen. Es ist ein Beispiel für die romantische und apologetische Darstellung des Islams, eine bekannte Phase innerhalb der Reaktion moslemischen Denkens auf den Zusammenprall mit dem Westen. Natürlich gibt es im Islam Elemente, sogar wichtige Elemente, besonders in der frühen Periode, die wir mit einigem Recht demokratisch nennen könnten, doch ist ihre Tendenz, die gewöhnlich zur Unterstützung dieser These herangezogen wird, im ganzen gesehen eher nivellierend als demokratisch; das ist etwas ganz anderes und kann mindestens ebenso gut mit autoritären wie mit demokratischen Institutionen in Verbindung gebracht werden. Tatsächlich enthüllt die politische Geschichte des Islams, mit Ausnahme der ersten Kalifate, als der anarchistische Individualismus der arabischen Stämme noch wirksam war, eine fast ungeschwächte Autokratie. Ich sage Autokratie und nicht Despotismus, da der Souverän durch das Heilige Recht gebunden und ihm unterworfen war und vom Volke als rechtmäßiger Herrscher anerkannt wurde. Er schützte das Heilige Recht und wurde von ihm geschützt. Aber trotzdem war er autoritär, oft sogar willkürlich, manchmal tyrannisch. In der Geschichte des Islams gibt es keine Parlamente und Versammlungen von Volksvertretern, keine Räte oder Gemeinden, keine Kammer der Nobilität oder der Stände und keine Stadtverwaltungen; nichts wie die herrscherliche Macht, der der Untertan vollständigen und unerschütterlichen Gehorsam schuldete als einer vom Heiligen Recht auferlegten religiösen Pflicht. In der großen Zeit des klassischen Islams bestand diese Pflicht nur gegenüber dem rechtmäßig ernannten Kalifen als Gottes Stellvertreter auf Erden und als Haupt der theokratischen Gemeinschaft und dann auch nur so lange, wie er das Recht achtete; aber in den Zeiten des Niedergangs des Kalifats und der Entstehung militärischer Diktaturen glichen die moslemischen Rechtsgelehrten und Theologen ihre Lehre der veränderten Lage an und dehnten die religiöse Gehorsamspflicht auf jede bestehende Obrigkeit aus, gleichgültig wie frevlerisch oder barbarisch sie auch sei. Während der letzten tausend Jahre wurde das politische Denken von Maximen wie „Tyrannei ist besser als Anarchie“ und „Dem Machthabenden ist Gehorsam zu leisten“ beherrscht. Die klassische Formulierung für islamischen politischen Quietismus ist eine oft zitierte Stelle aus den Schriften des syrischen Rechtsgelehrten Ibn Jamā'a, der oberster Kadi von Kairo wurde und im Jahre 1333 starb:

„Erzwungene Huldigung: Diese ist zu leisten, wenn ein Führer die Macht in einer Zeit innerer Unruhen an sich reißt, und es ist notwendig, ihn anzuerkennen, um weitere Unruhen zu vermeiden. Es ist ohne Belang, ob er herrscherliche Eigenschaften hat, ob er ungebildet, ungerecht oder lasterhaft, ob er selbst ein Sklave oder eine Frau ist. Er ist de facto ein Herrscher bis zu dem Zeitpunkt, wo ein anderer, stärkerer ihn vom Thron stößt und die Macht ergreift. Dieser wird nun mit gleichem Rechtsanspruch der Herrscher sein und sollte anerkannt werden, um den Hader nicht zu vergrößern. Wer die tatsächliche Macht in den Händen hält, hat Anspruch auf Gehorsam, denn selbst die schlechteste Regierung ist besser als Anarchie, und von zwei Übeln sollte man immer das geringere wählen.“

Es ist klar, daß dies nicht die Worte eines Heuchlers oder Schmeichlers sind, der versucht, Karriere an einem autokratischen Hof zu machen. Es sind die Worte eines frommen und ergebenen Gläubigen, der eine unangenehme Wahrheit, wie er sie sieht, offen und traurig ausspricht. Man muß sich hierbei klar machen, daß der Verfasser ein Doktor des Heiligen Rechts ist und in der Form des Heiligen Rechts spricht. Wenn er Anerkennung und Gehorsam vorschreibt, so legt er damit die Pflicht eines Gläubigen nach dem Heiligen Recht fest, das heißt, er stellte eine Regel auf, deren Verletzung nach unseren Begriffen ebenso eine Sünde wie ein

Verbrechen ist und Höllestrafe oder Züchtigung nach sich zieht in einem Maße, wie sie der Herrscher in dieser Welt für angebracht hält. „Selbst ein Sklave oder eine Frau“ sagt Ibn Jamā'a; nur etwas könnte noch schlimmer sein — ein Ungläubiger, und auch dieser Fall trat ein, als die Normannen das von den Moslems besetzte Sizilien eroberten. Ein moslemischer Rechtsgelehrter aus Mazara legte fest, daß selbst einem christlichen Herrscher Anerkennung und Gehorsam zu zollen seien unter der Voraussetzung, daß er gegenüber den Moslems religiöse Toleranz übt. Eine Gemeinschaft, die unter solchen Doktrinen lebt, wird sich nicht an der kommunistischen Mißachtung der politischen Freiheiten und der Menschenrechte stoßen; es könnte sogar sein, daß sie sich von einem Regime angezogen fühlt, das im Dienste der Sache grausame Macht und Tüchtigkeit — anstelle von Unfähigkeit, Bestechlichkeit und Zynismus — übt, die ihrer Meinung nach, man könnte auch sagen auf Grund ihrer Erfahrungen, untrennbar mit einer parlamentarischen Regierung verbunden sind.

Die „Stromgesellschaft“

Auch die kommunistische Lehre, daß der Staat das wirtschaftliche Leben lenken muß, ist dem Moslem nicht so fremd, wie man denkt — er ist vielmehr daran gewöhnt, vom Staat Leitung und Kontrolle gewisser zentraler Äußerungen des wirtschaftlichen Lebens zu erwarten. Die klassische islamische Gesellschaftsordnung wurde im Irak und in Ägypten entwickelt und zum alten Bilde der „Strom-Gesellschaft“ geformt. In den Ländern mit wenig Regen gab es eine intensive Landwirtschaft auf Grund künstlicher Bewässerungsanlagen, die vom Flusse ausgingen. Dies erforderte eine ganze Armee von Ingenieuren und Beamten, die von einer zentralen Behörde beschäftigt und gelenkt wurden, und deren Aufgabe es war, die ganze Anlage der Deiche, Dämme, Kanäle und anderer Bewässerungsarbeiten zu erhalten, deren Bestand allein das Wirtschaftsleben des Landes garantierten. Für dieses System war eine strenge zentrale Behörde eine unbedingte Notwendigkeit, und es gibt genug Beispiele für Verfall und Verarmung nach dem Zusammenbruch der zentralen Behörde in Zeiten politischer Schwäche und ständiger Vernachlässigung der Bewässerungsarbeiten. In Gegenden mit regelmäßigen und ausreichenden Regenfällen kann der Farmer wegen des Regens auf Gott vertrauen und sich sonst einer gewissen Unabhängigkeit erfreuen. Im Strom-Gesellschaftsverband muß er sich nach der zentralen Behörde richten, das Bewässerungssystem aufrechterhalten und sich um den Lebenspendenden Strom kümmern, von dem er abhängt. In solchen Gemeinschaften finden wir jenen Typus einer Gesellschaftsordnung, den Wittfogel „die hydraulische Gesellschaftsordnung“ nannte, wo Regierung und regierende Schichten in engster Beziehung zur Wasserversorgung für die Bewässerungsanlagen stehen. Ihre spezifischen Eigenschaften sind bekannt: eine fügsame und hilflose Bauernbevölkerung, die abhängig von der zentralisierten und bürokratischen Behörde ist, und eine regierende Klasse aus Beamten und Landbesitzern, die unangefochten und tatsächlich auch unanfechtbar die Kontrolle über die Quellen des wirtschaftlichen Lebens und damit der politischen Macht ausübt. Die gleiche Grundform der Gesellschaftsordnung herrscht in Ägypten und im Irak, in den Stromtälern Indiens und Chinas und, könnte man vielleicht hinzufügen, in den Stromtälern Rußlands. Doch möchte ich nicht behaupten, daß die geschichtliche russische Gesellschaftsordnung in gleichem Sinne „hydraulisch“ ist; doch finden sich einige auffallende Ähnlichkeiten. Die traditionelle islamische Autokratie ruht auf drei Säulen: Auf der Bürokratie, der Armee und der religiösen Hierarchie — und ich darf hier im Vorübergehen an die kürzlich von Mr. Albert Hourani gemachte interessante Bemerkung erinnern, daß die jüngsten Veränderungen in Ägypten eine Rückkehr zu dieser Ordnung bedeuten könnten. Innerhalb dieser Ordnung brauchte nur die dritte Säule, die religiöse Hierarchie, verändert werden, um den Weg für einen kommunistischen Staat zu bereiten.

Diese dritte Säule ist jedoch keineswegs unwichtig. Ganz offensichtlich unterscheidet sich das islamische Ulama wesentlich von der kommunistischen Partei. Doch finden wir bei näherer Prüfung einige unerfreuliche Ähnlichkeiten. Beide Gruppen lehren eine totalitäre Doktrin, die alle Fragen auf Himmel und Erden vollständig und endgültig beantwortet. Die Antworten sind in jeder Beziehung verschieden, ähnlich sind sie sich nur in ihrer Endgültigkeit und Vollständigkeit und in der Gegensätzlich-

keit zu den ewigen Fragen westlicher Menschen. Beide Gruppen vermitteln ihren Mitgliedern und Anhängern das angenehme Gefühl, einer Gemeinschaft von Gläubigen anzugehören, die immer recht haben im Gegensatz zu der außerhalb liegenden Welt der Ungläubigen, die immer Unrecht haben. Beide vermitteln das erhebende Gefühl, eine Mission, eine Idee zu erfüllen, einem Kollektivvorhaben anzugehören, um den historisch gar nicht aufzuhaltenden Sieg des wahren Glaubens über die ungläubigen Übeltäter zu beschleunigen. Zu der traditionellen islamischen Teilung der Welt in das „Haus des Islams“ und das „Haus des Krieges“, zwei sich zwangsläufig feindlich gegenüberstehende Gruppen, von denen die erste die Kollektivverpflichtung des fortgesetzten Kampfes gegen die zweite hat, gibt es in der kommunistischen Weltanschauung offensichtlich Parallelen. Auch hier ist der Glaubensinhalt verschieden, aber der aggressive Fanatismus ist dergleiche. Der Humorist, der den kommunistischen Glauben mit folgenden Worten charakterisierte: „Es gibt keinen Gott und Karl Marx ist sein Prophet“ traf damit genau eine tatsächlich vorhandene Gemeinsamkeit. Der Ruf nach einem kommunistischen Jihad, einem Heiligen Glaubenskrieg — ein neuer Glauben, aber gegen den alten westlichen Feind — könnte wohl Widerhall finden.

Kollektivistische Tendenzen

Ich habe von den Kollektivverpflichtungen gesprochen. Auch hier liegt ein wichtiger Berührungspunkt zwischen Kommunismus und Islam, dessen kollektivistische Tendenzen vielen Beobachtern aufgefallen sind. Es ist viel über die unzähligen religiös-kommunistischen Sekten und Bewegungen geschrieben worden, die im ganzen Gebiet des Islams seit seinen Anfängen entstanden sind. Ich möchte hier eine Stelle aus einer fast zeitgenössischen arabischen Chronik zitieren, in der die Tätigkeit eines Predigers aus einer solchen Sekte im Irak in der Nachbarschaft von Kufa um die Mitte des neunten Jahrhunderts beschrieben wird. Wir hören, daß der Prediger, der die Bewohner einiger Dörfer zu seiner Lehre bekehrte, ihnen ständig wachsende Steuern und Lasten und schließlich die Pflicht zur „Ulfa“ auferlegte: Diese bestand darin, daß sie alle ihre Güter an einer Stelle zusammentragen und sie gemeinsam genießen sollten, ohne daß jemand irgendwelches persönliches Eigentum, das ihm vor den anderen einen Vorteil verschafft hätte, behielt. Er versicherte ihnen, daß sie kein Eigentum brauchten, weil alles Land ihnen und niemand anderem gehörte. Er erzählte ihnen, daß dieses die Prüfung für jedermann sei, „so daß wir wissen, wie ihr euch verhalten werdet“. Er forderte sie auf, Waffen zu kaufen und herzustellen. Der Prediger wählte aus jedem Dorf einen vertrauenswürdigen Mann aus, um das ganze Eigentum der Dorfbewohner wie Rinder, Schafe, Schmucksachen, Vorräte usw. zu sammeln. Er bekleidete die Nackten und sorgte für ihre Bedürfnisse, so daß es keine Armen mehr gab noch Bedürftige oder Kranke. Jeder arbeitete mit Sorgfalt und Eifer an seiner Aufgabe, um sich durch den Erlös, den er beisteuerte, eine hohe Rangstufe zu verdienen. Die Frau brachte, was sie bei der Ernte verdiente, das Kind brachte den Lohn, den es für das Verscheuchen von Vögeln erhielt. Keiner nannte irgendetwas sein Eigen außer seinem Schwert und seinen Waffen.

Zweifelloos ist es eine übertriebene Beschreibung vom Verhalten dieser Gruppen, aber es ist nicht untypisch. Und dies ist nur eine von vielen ähnlichen Bewegungen im Islam und auch in Persien lange vor dem Islam. Alle diese Bewegungen erlitten Schiffbruch und wurden von den Orthodoxen als Häresie verdammt, aber sie enthüllten doch die dem Islam innewohnende Neigung, solche Ideen und Gruppen zu bilden, und sie helfen auch, die sonst unverständlich bleibenden Beziehungen zwischen gewissen extremen, islamischen, religiösen Organisationen und dem Kommunismus zu erklären. Gerade in diesen Organisationen, in den volkstümlichen, halb geheimen, mystischen Bruderschaften von zweifelhafter Orthodoxie, von der regulären „Ulama“ mit Mißtrauen betrachtet, entstanden gewöhnlich diese religiös-kommunistischen Tendenzen. Auch ist der Kollektivismus nicht etwa auf das beschränkt, was man das „volkstümliche Substrat“ des Islams nennen könnte. Es weist zu vielem im orthodoxen islamischen Leben und Gedankengut, in der Haltung gegenüber der Gesellschaft und Regierung, was ich schon erwähnte, und selbst zu der Literatur Unterschiede auf. Das klassische arabische Buch wird oft nicht als eine individuelle und persönliche Leistung des Autors sondern als ein Glied in der Kette der Tradition angesehen, wobei der Autor

seine eigene Persönlichkeit hinter dem Prestige der Autorität und den Reihen der vorangegangenen Überlieferer verschwinden läßt. Viele der großen Werke arabischer Literatur sind eine ebenso unpersönliche und kollektive Arbeit wie die mittelalterlichen Kathedralen. Der kollektive Gedanke manifestiert sich vielleicht am klarsten in der moslemischen Idee vom „Vollkommenen Menschen“ und dem „Vollkommenen Staat“ als gegebene, unwandelbare und ewig gültige Vorbilder, denen alle theoretisch nacheifern sollen anstatt wie nach westlichem Ideal von innen her die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln.

Gefährliche Anziehungskraft des Kommunismus

Hier könnte man einwenden, daß all dies für jede andere Religion und nicht nur für den Islam gilt, und es auf nichts anderes hinausläuft, als daß der Kommunismus selbst eine Religion ist. Ich gebe zu, daß einige der von mir gemachten Vergleiche auch auf andere Religionen zutreffen, wenn auch keineswegs alle. Wenn sich diese Religionen die gleiche formende und bestimmende Macht über ihre Anhänger bewahrt haben, wie sie der Islam noch immer hat, so könnte der Einwand nach meiner Ansicht eine gewisse praktische Bedeutung haben. Aber ich kann mich nicht mit der Feststellung einverstanden erklären, daß der Kommunismus eine Religion ist, und nichts illustriert nach meiner Ansicht sinnfälliger den Verfall des Religionsbegriffes in unserer westlichen Welt als die Tatsache, daß solch ein Vergleich überhaupt gezogen wird. Zugegebenermaßen ist die Ähnlichkeit auf den ersten Blick verblüffend. Im Kommunismus finden wir, wie in den meisten Religionen, Ritual und Hierarchie, Offenbarung und Prophetie, Heilige Schrift und Exegese, Orthodoxie und Häresie, Exkommunikation und Verfolgung. Etwas von der tieferen seelischen Kraft des religiösen Glaubens scheint auch dem Kommunisten innezuwohnen. Trotz seiner materialistischen Auffassung kennt er Ziele, die jenseits seiner eigenen Interessen und eigenen Lebensdauer liegen. Er ist von evangelischem Eifer und messianischem Glauben durchdrungen. Gerade diese Eigenschaften verleihen dem Kommunismus seine besondere Stärke — die gefährliche Anziehungskraft, die er in so vielen orientalischen Ländern ausübt. Faschismus und Nazismus mit ihrem nackten Appell an Gier, Haß, Überheblichkeit und Neid kommen sich auf die Dauer nur an die schlechten Instinkte in den Menschen wenden und erfuhren dadurch ihre Begrenzung. Der Kommunismus schöpfte diese Möglichkeiten bis zur Neige aus, machte sich einige der vornehmsten menschlichen Ziele wie Frieden, soziale Gerechtigkeit, Brüderlichkeit der Menschen untereinander — zu Diensten und nutzte sie mit tödlicher Wirkung. Wir können weder den Kommunismus verstehen noch ihm begegnen, wenn wir uns nicht über seine Anziehungskraft auf die besten, wenn auch nicht auf die klügsten und zugleich auf die schlechtesten Geister klar sind.

Ogleich der Kommunismus vieles mit der Religion gemeinsam hat, so fehlen ihm doch die wichtigsten Eigenschaften. Ich möchte hier einen Abschnitt des dänischen Schriftstellers Wilhelm Grönbach zitieren, der sagt:

„Das schlimme ist, daß wir Religiosität mit Religion verwechseln. Gerade weil die Menschen auf eine so persönliche Art fromm sind, sind sie nicht fähig, eine Religion zu begreifen, die die Seele der Gemeinschaft, das Gegenstück zum praktischen Leben, eine lebendige und wirkliche Religion, die praktische Verbindung des Menschen zu Gott, Seele und Ewigkeit ist, die sich in Anbetung äußert und als Leben spendende Kraft im Politischen und Wirtschaftlichen, in der Kunst und im Handel, im Sittlichen und im Recht wirkt. In diesem Sinne hat der moderne Staat keine Religion“.

In diesem Sinne könnte man sagen, ist der Kommunismus keine Religion und kann es auch nicht sein, während es der Islam für die große Masse der Gläubigen noch immer ist; und hier liegt auch das eigentliche Zentrum des islamischen Widerstandes gegen die kommunistische Idee. Ogleich ihr Glaube an die Freiheit zu schwach ist, um den kommunistischen Ideen Widerstand zu leisten, so vermag doch ihr Glaube an Gott stark genug zu sein. Die islamischen Völker sind immer noch tief religiös in der einfachsten und tiefsten Bedeutung des Wortes. Der Islam als Religion ist nicht anti-kommunistischer als das Christentum; eher sogar weni-

ger, wie ich sagte. Aber er durchdringt kraftvoller Leben und Gedanken seiner Anhänger. Fromme Moslems — und die meisten Moslems sind fromm — dulden nicht lange weder einen atheistischen Glauben noch einen, der ihre traditionellen religiösen moralischen Grundsätze verletzt, die von westlichen Betrachtern nur zu gerne übersehen werden, weil sie nicht mit den unsrigen übereinstimmen. Der gegenwärtige Aufstand der Moslems gegen die Unmoral und den Opportunismus ihrer eigenen und einiger westlicher Führer könnte für die Kommunisten mit ihrer in Erscheinung tretenden selbstlosen Hingabe an ein Ideal günstig sein, aber er wird sich gegen den Kommunismus richten, wenn die Moslems die Wirklichkeit hinter der Propaganda begreifen lernen. Hoffen wir, daß sie dazu nicht allzu lange Zeit brauchen.

In jedem Falle können wir nicht viel zu der Sache tun. Zweifellos ist unsere öffentliche und politische Moral besser als die der Kommunisten,

doch ist der Unterschied offensichtlich nicht genügend groß oder auffallend, um auf die übrige Welt einen nennenswerten Eindruck zu machen. Die Menschen, die die westliche Demokratie in ihren Verbindungen zum Islam vertreten, sind sicher ehrenwerte Männer, die eine wichtige und verdienstvolle Arbeit leisten, aber als Förderer einer moralischen und religiösen Wiedergeburt sind sie nicht überzeugend. Wir Westler können viel zur Förderung des materiellen Wohlstandes tun und den materiellen Lebensstandard der islamischen Länder heben. Wir können vielleicht auch dazu beitragen, eine positive Einstellung gegenüber uns, unseren Ideen und Zielen hervorzurufen, und das heißt zu rechtfertigen. Aber in der gegenwärtigen Krise muß der Islam aus sich selbst heraus die moralische Kraft und die seelische Stärke finden, um der großen weltlichen Häresie unserer Zeit zu widerstehen. Wir können nur abwartend beiseite stehen.

ABDEL MEGID AMIN

Deutsche Orientpolitik heute

Mit Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, veröffentlichen wir die in der Zeitschrift AUSSENPOLITIK (Heft 1/54) erschienenen Aufsätze von Abdel Megid Amin und Alfred Joachim Fischer. Wir übernehmen auch ausdrücklich die nachstehende Vorbemerkung der AUSSENPOLITIK:

„Unserer Informationspflicht folgend, veröffentlichen wir diese freimütigen Darlegungen des Kairoer Publizisten über den arabischen Standpunkt.“

Im Jahre 1209 christlicher Zeitrechnung, als noch in Nordamerika die rothäutigen Eingeborenen des Landes frei durch die endlosen Jagdgelände ihrer Heimat streiften und im dämmerigen, kühlen Nordeuropa die Sendboten der Römischen Kirche in ihren Kathedralen, Klöstern und Schulen der einheimischen Bevölkerung die christlichen Heilslehren und auch noch einiges Wissen aus der griechisch-römischen Antike vermittelten, diskutierte unter einem klareren Himmel, im goldenen Palermo auf Sizilien, ein 15-jähriger deutscher Fürst aus dem Geschlechte der Hohenstaufen mit den Philosophen des Landes die damals in islamischen Kreisen beliebte Frage: „Ist Gott oder ist Gott nicht?“ Wie wir wissen, in einem glänzenden Arabisch; der Knabe verdankt den größten Teil seiner Erziehung und Bildung jenen arabischen Gelehrten, die damals im arabisch zivilisierten Sizilien, an dieser Schwelle vom Morgen- zum Abendland, über das universalste Bildungsgut ihrer Zeit verfügten. Kein Wunder also, daß der junge sizilische Stauferrfürst unter der Obhut seiner weltoffenen und hochgebildeten Erzieher später als Kaiser Friedrich II. auf dem Gebiete der deutsch-orientalischen Verständigung für alle Zeiten Vorbildliches geleistet hat.

Das ewige Drängen des Heiligen Vaters in Rom, doch nun endlich den schon längst fälligen fünften Kreuzzug nach dem Heiligen Lande Palästina zur Eroberung der Heiligen Stätten zu unternehmen, lehnte Friedrich II. mit überlegener Handbewegung ab. Auch die daraufhin erfolgenden, weit durch Europa hallenden beiden Bannflüche rührten ihn ebensowenig wie die zahllosen Verleumdungen, die ihn durchaus als

Anhänger des Islams kennzeichnen wollten. Souverän entschied er den Zeitpunkt für „seinen“ Kreuzzug, schiffte eines Tages seine Truppen in Süditalien ein, legte sie an der palästinensischen Küste in Quartiere, verbot ihnen, sich in betrunkenem Zustand in der Öffentlichkeit zu zeigen oder sich um fremde Frauen zu kümmern, und ritt mit seiner Begleitung nach Jerusalem, um dort den Herrn der Heiligen Stätten, Sultan Kamil von Ägypten, zu treffen.

Stundenlang spielten die beiden Fürsten Schach, scheinbar ihre Hauptbeschäftigung; nebenbei kam ein gentlemen's agreement zustande, das den deutschen Kaiser auf lange Zeit verpflichtete, für den Schutz aller in Jerusalem befindlichen heiligen Stätten des Christentums, Islams und Judentums Sorge zu tragen, so wie es die islamischen Fürsten jahrhundertlang vorher gehalten hatten. Daß sich bei dieser Gelegenheit Kaiser Friedrich II. in Jerusalem die siebente Krone aufs Haupt setzte, störte den Sultan und die ägyptisch-islamische Generalität in Jerusalem nicht weiter: die Deutschen machten — Truppe wie Führer — einen sympathischen und vor allem zuverlässigen Eindruck, und das genügte. Dank der weltoffenen, ritterlichen Politik dieses unter Arabern aufgewachsenen deutschen Kaisers erreichte das „Erste Reich“, trotz der gigantischen Opposition der Römischen Kirche, unter Friedrich II. seine größte Ausdehnung: Deutschlands Grenzen reichten in den Jahren 1229–1244, einmalig und unwiederbringlich, von Hamburg bis Jerusalem.

Betrachtet man nun Friedrich II. und seine Orientpolitik durchaus unromantisch, so ist

nichts Mystisches, Unfaßbares oder Märchenhaftes in der Tatsache zu finden, daß hier — einmalig in der Geschichte der Deutschen — ein deutscher Kaiser das seltene Schicksal hatte, in zwei ganz verschiedenen Welten aufzuwachsen, und daß er nicht nur die Verpflichtung verspürte, sondern auch die Fähigkeit besaß, diesen Erfahrungsschatz aus beiden Welten erfolgreich für sein Land und zu gleicher Zeit auch für eine bessere Verständigung zwischen dem christlichen Europa und dem islamischen Orient nutzbar zu machen. Daß also Jerusalem einstmals, zur Freude des gesamten damaligen Abendlandes, ohne einen Schwertstreich deutsch wurde, war ausschließlich der einmaligen Haltung und Leistung dieses außerordentlichen Mannes zu verdanken — eines Mannes, der in der Geschichte der Menschheit einen hervorragenden Platz unter den großen Versöhnern zwischen der Welt Europas und der Welt Asiens und Afrikas einnimmt: Kaiser Friedrich II. aus dem Geschlechte der Hohenstaufen, aufgewachsen zwischen Morgen- und Abendland — gleich Wolfgang von Goethe das Idealbild eines universalen Deutschen.

Noch länger als 500 Jahre, nachdem Jerusalem und Palästina schon längst von den Deutschen geräumt waren, führten deutsche Kaiser des Römischen Reiches Deutscher Nation den Titel eines Königs von Jerusalem, und zwar bis zum Jahre 1806. Erst unter dem „Zweiten Reich“ der Hohenzollern, unter dem Deutschlands Ansehen in der Welt, vornehmlich im ganzen Orient, außerordentlich groß war, betrat ein deutscher Kaiser wieder den Boden Palästinas und verkün-

dete bei seinem Staatsbesuch in Jerusalem im Jahre 1898 — eingedenk der Orientpolitik des großen Hohenstaufenkaisers vor mehr als 600 Jahren — feierlich vor türkischen Regierungskreisen und der arabischen Bevölkerung: „Ich bin der Freund aller Muhammedaner!“ Diese Worte des Herrschers einer der bedeutendsten Nationen Europas fanden damals in der ganzen islamischen Welt starken Widerhall. Denn hinter diesen Worten standen jahrzehntelange deutsche Leistungen — daheim wie im ganzen Orient — zugunsten einer besseren Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern des Orients: solide deutsche Exportwaren, gute Fachkräfte, deutsche Schulen, Hospitäler, Institute und gemeinnützige Einrichtungen in allen größeren Städten des Orients, Lehrstühle für klassisches Arabisch an fast jeder deutschen Universität und schließlich eine Fülle von Vorträgen und Publikationen über die verschiedensten Fragen des Orients.

Groß wahr auch im Kaiserreich die Zahl der deutschen Gelehrten, die sich in stiller Forschungstätigkeit ein Leben lang mit dem Studium der verschiedensten Gebiete der Orientalistik be-

Die Stellungnahme Hitlers

Im Jahre 1928 schlug eine Gruppe arabischer Studenten dem Parteiführer der Nationalsozialisten und späteren Regierungschef Adolf Hitler in München die Gründung eines „Bundes der unterdrückten Völker“ vor — als Gegengewicht gegen den weltweiten Druck der alliierten Mächte. Die jungen Leute hatten Deutschland, Irland, Indien, und die arabischen Länder im Sinne. Hitler wehrte heftig ab: Irland, das sei eine englische Angelegenheit, Indien sei zu schwach und unkriegerisch und die arabischen Länder, ja, die seien „rassenfremd“, und im übrigen sei das ganze Projekt realpolitisch nicht durchführbar. Worauf sich die jungen Araber in ihrer unzerstörbaren Deutschlandbegeisterung an General Ludendorff wandten, der ihnen in seinem Tannenbergbund Gelegenheit gab, in Vorträgen und Artikeln für ihren Freiheitskampf zu werben.

Ungefähr ein Dutzend Jahre später waren die Araber sowie der übrige Orient für Hitler nicht mehr so rassenfremd wie vordem und eine Zusammenarbeit schien ihm jetzt realpolitisch sehr wohl durchführbar. Diese Wandlung war in der Hauptsache der Tatsache zu verdanken, daß der bekannteste arabische Nationalist, der Großmufti von Jerusalem, *Amin al Husseini*, von Persien quer durch die Türkei, Albanien und Italien nach Deutschland fliehen mußte, das für ihn unter den obwaltenden Umständen als einzige Zufluchtsstätte für längere Zeit in Frage kam. Hitler nutzte diese arabische Chance in seiner Art aus, mit dem Endergebnis, daß er zwar noch heute im Orient als der große „Führer“ angesehen wird, nicht jedoch als ausgesprochener Freund der Araber und der islamischen Welt in der Weise, wie es die beiden Herrscher des Ersten und Zweiten Reiches, die Kaiser Friedrich II. und Wilhelm II., einst feierlich verkündet und durch ihre Taten bewiesen hatten. Immerhin genoß Hitler während des zweiten Weltkrieges — und nicht etwa nur auf Grund seiner proarabischen

faßten. Auch dürfen die Taten und Abenteuer deutscher Diplomaten während des ersten Weltkrieges im Orient nicht vergessen werden: wie der deutsche Konsul *Wassmus* in Südpersien, allein und abgeschnitten von allem, die dortige Bevölkerung neutralisiert, und wie es *Dr. von Hentig*, dem jetzigen deutschen Botschafter in Indonesien, in diplomatischer Sondermission gelang, durch eine 11000 Mann starke anglo-russische Sperrkette in Persien durchzustößen, auftragsgemäß nach Afghanistan zu gelangen und von dort in abenteuerlicher Flucht um die andere Hälfte des Erdballs sich eines Tages wieder im Auswärtigen Amt in Berlin einzufinden. Es hat also sowohl im Ersten wie im Zweiten Reich zahlreiche hervorragende Männer gegeben, die — jeder auf seinem Arbeitsgebiet — ihre Lebensarbeit der Verständigung zwischen Deutschland und dem Orient gewidmet und im übrigen Erhebliches zu einer aktiven und erfolgreichen Orientpolitik beigetragen haben. Die Weimarer Republik bemühte sich, die sehr positive Orientpolitik des Kaiserreiches langsam weiter auszubauen. Wie stand es nun mit der Orientpolitik unter Hitler?

Rundfunkpropaganda — in der arabischen Welt ein unbegrenztes Vertrauen, und zwar trotz seiner Rassentheorien und seiner inneren Abneigung gegenüber der Welt des Orients und trotz seiner vollkommen mangelhaften Unterstützung des um Hilfe flehenden Iraks. Und dieses Vertrauen konnte auch nicht durch die sehr intensive Gegenpropaganda der Alliierten erschüttert werden. So erklärte z. B. das Staatsoberhaupt eines arabischen Staates, das man infolge seiner bekannten proalliierten Einstellung bestimmt nicht als ausgesprochenen Deutschenfreund bezeichnen könnte, in einer privaten Unterhaltung im Herbst 1940 auf die Frage, ob er nicht bei einer eventuellen Besetzung seines Landes durch die deutschen Nationalsozialisten die Anwendung der Nürnberger Rassengesetzgebung auf die Araber fürchte, ohne Zögern: „Ich glaube, daß Hitler sich in diesem Falle als Staatsmann erweisen und von einer Anwendung der deutschen Rassengesetze auf die Araber Abstand nehmen wird.“ Im ganzen gesehen kann man also sagen, daß die Orientpolitik des Dritten Reiches unter Hitler zwar der Kraft der inneren Überzeugung sowie ausreichender Mittel entbehrte, jedoch an

dem Tatbestand der traditionellen guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem Orient nichts änderte, was jedoch keineswegs das ausschließliche Verdienst Hitlers war.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß seit mehr als 1100 Jahren freundschaftliche Beziehungen zwischen den Deutschen und der Welt des Orients bestehen: angefangen von dem feierlichen Empfang der arabischen Gesandtschaft aus Bagdad am Hofe Karls des Großen zu Aachen über den fließend Arabisch sprechenden deutschen Kaiser Friedrich II., den ersten deutschen König von Jerusalem, über den größten deutschen Dichter Wolfgang von Goethe, der noch in seinem Alter Arabisch lernte und den „West-Östlichen Diwan“ schrieb, über die große Zahl pflichtbewußter deutscher Offiziere und Reorganisatoren der türkischen Armee von Graf Helmuth von Moltke bis zum Freiherrn von der Goltz Pascha, über den „Freund aller Muhammedaner“, den orientbegeisterten Förderer der Bagdadbahn Kaiser Wilhelm II., der dem türkischen Volk einen schönen Marmorbrunnen in Konstantinopel schenkte, über die Taten deutscher Offiziere und Diplomaten wie *Wassmus* und *von Hentig*, über die große Zahl deutscher Gelehrter, die sich der Orientalistik widmeten bis zur zweckbestimmten Rundfunkpropaganda Hitlers, die in allen Sprachen des Orients den ganzen Orient von Marokko bis Turkestan und Indien zur Befreiung vom alliierten Einfluß aufrief und mit ihren Kurzwellenrichtstrahlern selbst noch die Auslandsaraber in Nord- und Südamerika ansprach.

Aber auch auf der anderen Seite gab es Mut, Tapferkeit, Vertrauen, beharrliche Arbeit und Zielstrebigkeit: angefangen von der arabischen Gesandtschaft, die unermüdlich die kostbaren Geschenke für Kaiser Karl den Großen von Bagdad bis Aachen durch unbekannte Länder schleppte, über das Vertrauen, das Sultan Kamil von Ägypten dem Hohenstaufenkaiser Friedrich II. entgegenbrachte, über die zahllosen Angehörigen aller Länder des Orients, die in zwei Weltkriegen auf deutscher Seite kämpften, über die große Zahl von Studenten aus allen Ländern des Orients bis zu den Vorkämpfern für die arabische Freiheit, *Hadsch Muhammed Amin al Husseini*, dem Großmufti von Palästina und seinen Mitarbeitern, die — ohne furchtsam in ein neutrales Land auszuweichen — zusammen mit der deutschen Bevölkerung den Krieg bis zum bitteren Ende miterlebten.

Das deutsch israelische Wiedergutmachungsabkommen

Männer, Taten und Opfer auf beiden Seiten im Dienste der Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschland und der Welt des islamischen Orients seit mehr als einem Jahrtausend! Dieses Vermächtnis ausgezeichneten deutsch-orientalischer, insbesondere deutsch-arabischer und deutsch-türkischer Beziehungen verpflichtet auch die Nachfahren, verpflichtet jede gegenwärtige und jede kommende deutsche Regierung, das Erbe ihrer Väter zu achten und zu bewahren — auch die heutige westdeutsche Bundes-

regierung, was immer für zeitlich begrenzte Einzelentscheidungen sie auf dem Gebiete der Orientpolitik auch treffen mag.

Nun ist allerdings die westdeutsche Bundesrepublik erst seit wenigen Jahren wieder in der Lage, eine eigene Außenpolitik zu treiben. Das entschuldigt manches, aber keineswegs alles. Auf dem Sektor der Orientpolitik ist festzustellen, daß die neue deutsche Orientpolitik nach dem zweiten Weltkrieg die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zum arabischen

Orient gleich zu Beginn mit einer schweren Hypothek belastet hat, nämlich mit dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen, das am 18. März 1953 im Bonner Bundestag fast mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit, mit Einschluß der sozialdemokratischen Stimmen, angenommen wurde und dessen vertragliche Durchführung dem Staate Israel eine klare militärische Überlegenheit im ganzen Orient sichern würde, die allerdings die arabischen Staaten niemals ohne entsprechende Gegenmaßnahmen hinnehmen könnten.

Die westdeutsche Bundesregierung und die westdeutsche Presse haben als offiziellen Grund für die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Abkommens angegeben, daß sich das deutsche Volk zu dieser Wiedergutmachung an den von der deutschen nationalsozialistischen Regierung geschädigten Juden moralisch verpflichtet fühle. Zweifellos ist gegen einen Entschluß, Schäden und Unrecht wiedergutmachen zu wollen, von keiner Seite etwas einzuwenden, natürlich auch nicht von arabischer Seite. Wenn also die westdeutsche Bundesregierung grundsätzlich die einzelnen geschädigten Juden bzw. ihre Hinterbliebenen persönlich entschädigt — und sie tut dies bereits laufend seit acht Jahren, d. h. seit Kriegsende bis zur Stunde — so haben, wie gesagt, die Araber nichts dagegen zu sagen. Wenn jedoch die westdeutsche Bundesregierung darüber hinaus nicht etwa dem einzelnen geschädigten Juden, sondern dem Staate Israel als solchem Waren und Geld im Werte von 3,45 Milliarden DM liefert, und der 1948 gegründete Staat Israel damit seinen Staashaushalt besser ausgleichen und sein Rüstungspotential außerordentlich erweitern kann, so dürfte es begreiflich sein, daß die arabischen Staaten hierin eine Gefahr für ihre staatliche und volkliche Existenz sehen. Und diese Bedrohung ihrer Existenz müssen die Araber nun nicht etwa von imperialistischer Seite, sondern ausgerechnet von seiten ihrer besten Freunde, den Deutschen, erleben, mit denen sie eine mehr als tausendjährige Freundschaft verbindet und die sie als einzige große

westliche Nation nach wie vor aufrichtig verehren und lieben.

Die arabische Öffentlichkeit ist grundsätzlich der Meinung, daß es für die Deutschen auch noch andere Mittel einer „moralischen Wiedergutmachung am Judentum“ gibt, als enorme Reparationslieferungen im Werte von 3,45 Milliarden DM an den Staat Israel sowie an die jüdischen Weltorganisationen. Dies ist ein Standpunkt, der bekanntlich von allen selbstbewußten jüdischen Kreisen in Israel geteilt wird und der zu wiederholten tumultuarischen Protesten in- und außerhalb des israelischen Parlaments geführt hat.

Nun ist in arabischen Kreisen wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wie es überhaupt zu dem Entwurf, der Unterzeichnung und der Ratifizierung dieses deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens hatte kommen können. So wurde behauptet, daß ein entsprechender Druck von seiten der USA und Englands auf die westdeutsche Bundesregierung ausgeübt worden sein soll. Auf eine solche Anfrage äußerte sich der stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga *Ahmad el Schukeiri* auf der Pressekonferenz der Liga am 19. September 1952: „Es existieren viele Berichte, die besagen, daß ein solcher Druck auf Deutschland ausgeübt worden sein soll, doch dürfte es für die arabische Seite schwer sein, dies so einwandfrei festzustellen, wie man etwa seine Hand auf ein unwiderlegbares Beweisstück legen kann.“ Andere arabische Kreise haben behauptet, daß die westdeutsche Bundesregierung vollkommen frei in ihren diesbezüglichen Entschlüssen gewesen sei. Auch wurde gesagt, daß weite Kreise des deutschen Volkes ehrlich überzeugt sein sollen, durch dieses Wiedergutmachungsabkommen einen Teil ihrer moralischen Schuld abtragen zu können.

Wie dem auch sei, fest steht jedenfalls, daß weder die Deutschen noch die Juden innerhalb und außerhalb Israels, noch interessierte alliierte Kreise die Wirkungen und Folgen dieses Abkommens übersehen haben.

Echtes Vertrauen zu Deutschland

Was können nun die Deutschen tun, um die Folgen dieses Abkommens für die westliche Welt zu paralisieren und die schwere Hypothek, mit der die Orientpolitik der westdeutschen Bundesregierung gleich bei ihrem Start belastet wurde, zu tilgen?

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Orientpolitik heute — im Zeichen der Europagemeinschaft und des Atlantikpakt — keine zweiseitige Angelegenheit mehr zwischen Deutschland und den Ländern des Orients ist, wie es einst vor dem ersten, ja selbst noch vor dem zweiten Weltkrieg — im Zeitalter der nationalen Staaten — der Fall war. Zu jener Zeit befand sich die Rivalität der europäischen Großmächte um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorherrschaft in den Ländern des Orients auf dem Höhepunkt.

Bereits der erste Weltkrieg, der doch eine rein westliche Angelegenheit war, wurde von den europäischen Mächten zu einem erheblichen Teil in den Orient und in fast alle Teile Afrikas

hineingetragen. Auf der anderen Seite überschwemmt Truppenteile aus Angehörigen fast aller Völker Asiens und Afrikas die europäischen Kriegsschauplätze. Damit begann jene Entwicklung in den Beziehungen zwischen der westlichen Welt und dem asiatisch-afrikanischen Block, die dazu geführt hat, daß heute nicht nur in ganz Asien, sondern bereits auch in dem größten Teil Afrikas die Anwesenheit und die Tätigkeit der Europäer von der einheimischen Bevölkerung mit kritischen, teilweise sogar mit sehr kritischen Augen betrachtet wird. Heute ist das Ansehen der westlichen Welt, trotz ihrer ungeheuren technischen und organisatorischen Überlegenheit, in Asien und Afrika so gesunken, daß sehr ernste Gefahren für die Zukunft ganz Europas heraufbeschworen worden sind. Es wäre jedoch ein Irrtum, anzunehmen, daß deshalb das Ansehen Sowjetrußlands in der nicht-westlichen Welt entsprechend gestiegen sei. Für den asiatisch-afrikanischen Block, der stimmungsmäßig eine offensichtliche, nicht mehr wegzuleugnende

Tatsache ist, organisatorisch jedoch noch in den Kinderschuhen steckt, sind sowohl die einzelnen westlichen Großmächte wie auch die Sowjetunion so lange unerwünschte Partner, als die asiatischen und afrikanischen Völker gezwungen sind, allen diesen Ländern mit Mißtrauen zu begegnen. Und so lange dieses Mißtrauen nicht verschwindet, so lange es nicht zu einer ehrlichen, freien und fruchtbringenden Zusammenarbeit zwischen den asiatisch-afrikanischen Völkern und der westlichen Welt kommt, darf sich niemand wundern, daß die asiatischen und afrikanischen Länder an dem Schicksal Europas sowie Sowjetrußlands nur wenig Anteil zu nehmen geneigt sind. Dies ist den westlichen Staatsmännern immer wieder in unzähligen Varianten von verantwortlicher Seite im ganzen Orient klargemacht worden.

Nun gibt es heute — noch! — eine einzige westliche Großmacht in der Welt, der man im ganzen Vorderen Orient nach wie vor noch echtes Vertrauen entgegenbringt, und das ist Deutschland (von den kleineren europäischen, sogenannten neutralen Staaten wie den skandinavischen Ländern und der Schweiz sowie Österreich sei hier im Augenblick abgesehen).

Das ist keine Behauptung, sondern eine Tatsache, von der sich jeder in islamischen Ländern selbst überzeugen kann: keinem anderen Europäer kommt man im Orient bei der ersten unvermittelten Begrüßung mit so viel aufgeschlossener Herzlichkeit entgegen wie dem Deutschen, der als solcher erkannt wird. Gibt es einen schlagenderen Beweis für die Beliebtheit der Deutschen im Orient? Dieses Vertrauen, das der Orient den Deutschen bis zur Stunde immer noch entgegenzubringen gewillt ist, das jedoch seit der Ratifizierung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens langsam aber sicher abzubrockeln beginnt, verpflichtet die Deutschen, die Hoffnungen der arabischen und islamischen Welt auf eine wesentliche Hilfe und Unterstützung von deutscher Seite im Kampfe um die Sicherung ihrer Existenz nicht zu enttäuschen. Deutschland ist heute die letzte westliche Großmacht, deren Anwesenheit im Orient noch grundsätzlich gern gesehen wird. Das ist eine ungeheure Chance, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die gesamte westliche Welt, deren sie sich zur Hebung ihres Ansehens im Orient bewußt und konsequent bedienen sollte.

Statt dessen ist der Westen jedoch im Begriff, die Position der „atlantischen Gemeinschaft“, die „Einheit des Westens“ in gefährlicher Weise zu schwächen, indem sie heute immer noch wie in alter Zeit den deutschen Einfluß im Orient zu diskreditieren sucht. Dazu gehört u. a. die Klausel im Schumanplan, die die Deutschen verpflichtet, sich in Gemeinschaftsunternehmungen an der Ausbeutung Nordafrikas mit Kapitalien und Spezialisten zu beteiligen, wodurch die Franzosen die Deutschen zu Handlangern des französischen, ganz Europa gefährdenden Kolonialimperialismus heruntzudrücken wollen. Und aus letzter Zeit sind Bemühungen zu erwähnen, die deutschen Fachkräfte in Ägypten zu diskreditieren, indem man

ihnen nationalsozialistische Propaganda unterstellt. Warum hat man Furcht, daß die ägyptische Regierung — was noch nicht sicher ist — die britischen Spezialisten in El Fajid, einer der größten Militärbasen der westlichen Welt, durch deutsche oder andere Fachleute neutraler Länder ganz oder teilweise ersetzen will? Als ob es heute im Zeitalter der Isolierung der westlichen Welt durch Asien und Afrika vom westlichen Standpunkt aus noch darauf ankäme, welcher westlichen Nation die Spezialisten angehören, die die militärischen Anlagen in El Fajid für die kommende Zeit instand halten sollen. Die Engländer und ihre Alliierten sollen froh sein, daß Deutsche — sowie Angehörige neutraler europäischer Länder — heute noch als Bindeglied zwischen dem Orient und dem Westen eine völlige politische und späterhin auch wirtschaftliche Isolierung des Westens zu verhindern in der Lage sind. Ob die Deutschen das noch morgen sein werden, hängt ausschließlich von ihrem — strikt neutralen — Verhalten ab.

Was not tut: Mehr Wissen voneinander

Warum glauben also die Deutschen, und vor allem ein großer Teil der deutschen Presse, heute die verhängnisvolle Orientpolitik der alliierten Mächte durchaus unterstützen zu müssen, die bisher als einziges positives politisches Ergebnis nur die Tendenz zur Bildung eines dritten neutralen Blockes in Asien und Afrika gezeitigt hat? Natürlich hat die Europa-Union und die atlantische Gemeinschaft zwangsläufig eine gemeinsame Außenpolitik gegen den Sowjetblock sowohl wie auch gegenüber dem asiatisch-afrikanischen Block zur Folge. Da aber innerhalb des asiatisch-afrikanischen Blockes, vor allem innerhalb der arabischen und islamischen Welt, nur noch die Deutschen erhebliches Vertrauen genießen, sollten logischerweise beide Parteien, die Alliierten sowohl wie die Deutschen, diese Tatsache entsprechend berücksichtigen: die Deutschen, indem sie ihre Orientpolitik nicht kritiklos nach der kompromittierten alliierten Politik im Orient ausrichten, und die Alliierten, indem sie die deutsche Position im Orient nicht durch irgendwelche Machenschaften erschüttern, sondern diese im Gegenteil nur unterstützen. Unter diesem Blickwinkel gesehen, fällt also heute den Deutschen eine der bedeutendsten Aufgaben des Jahrhunderts zu, die Isolierung der westlichen

In jedem Falle darf heute niemand mehr bezweifeln, daß man in ganz Asien und ebenso bereits in ganz Afrika entschlossen ist, sich von jeder unerwünschten Bevormundung von Seiten westlicher oder anderer Mächte zum mindesten durch passiven Widerstand zu befreien, da die augenblickliche geringe Entwicklung der Technik und Organisation in diesen Ländern einen aktiven Widerstand nur bedingt zuläßt. Unter diesen Umständen haben die Deutschen heute auf dem Gebiet der Weltpolitik eine Aufgabe von säkularer Bedeutung zu erfüllen: bei dem offenkundigen Versagen der anglo-amerikanischen Mächte sowie Frankreichs, die Isolierung der westlichen Welt im Orient sowie in ganz Asien und Afrika aufzuhalten, liegt es bei den Deutschen, das Vertrauen der asiatischen und afrikanischen Völker zur westlichen Welt durch eine klare und vernünftige politische Haltung zu erhalten und zu verstärken. (Dies gilt natürlich auch entsprechend von den kleineren und sehr viel schwächeren neutralen europäischen Staaten.)

Welt durch den asiatisch-afrikanischen Block aufzuhalten.

Man sagt, diese Aufgabe ginge über die geistigen und materiellen Kräfte der Deutschen. Das scheint auf den ersten Blick zu stimmen. Aber nachdem im Herbst 1952 der Paukenschlag der arabischen Boykottandrohung deutscher Waren die Deutschen zur Besinnung gebracht hatte, haben sie sich beeilt, bisher Versäumtes teilweise nachzuholen. Der Orienthandel erfuhr eine erhebliche Ausweitung, diplomatische Posten wurden im Orient endlich besetzt, und eine Fülle von Vertretern deutscher Firmen überschwemmte plötzlich die Länder des Orients. Ohne Zweifel ist jede Entwicklung der Handelsbeziehungen nur zu begrüßen, aber diese allein genügen keineswegs, um die alten freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Orient wieder herzustellen oder zu erhalten. Denn im Notfall kann der deutsche Export nach dem Orient durchaus auf andere Länder umgeschaltet werden (Südamerika, Afrika, Rotchina), und der Orient kann die deutschen Waren, wenn auch weniger preiswert und gut, durch andere ersetzen. Handelsbeziehungen sind weder ein Maßstab noch ein Bindeglied für engere und dauerhafte Beziehungen zwischen zwei Völkern (man denke an den Westhandel mit dem Sowjetblock).

Als Grundpfeiler einer neuen deutschen, einer konstruktiven deutschen Orientpolitik sind nach allen bisherigen Geschehnissen jetzt zwei Erfordernisse wesentlich: mehr Mut zu einer eigenen deutschen Haltung in Orientfragen und dann eine weiter- und tiefergehende Beschäftigung der deutschen Öffentlichkeit mit den Vorgängen im Orient. Das aber ist in erster Linie die Aufgabe der deutschen Presse, die sich — gleich ob illustriert oder nicht — seit Kriegsende bis zum heutigen Tage mit wenigen Ausnahmen noch immer nicht zu einer eigenen Auffassung der Orientprobleme hat durchringen können, was ihr zum mindesten seit mehr als drei Jahren erlaubt — also möglich ist. Die Folgen einer solchen Haltung sind die Weiterungen, die sich aus der Ratifizierung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens ergeben und die deswegen nicht leichtgenommen werden dürfen, weil die arabische Liga bisher keine offiziellen „Gegenmaßnahmen“ unternommen hat. Ganz offenbar gibt man den Deutschen — bewußt und mit einer Langmut ohnegleichen — von arabischer Seite immer noch eine Chance, Versäumtes nachzuholen und Beschlossenes umzugestalten, was jedoch als substantielle Schwäche der Araber auszulegen vollkommen abwegig wäre.

Wenn es der deutschen Publizistik — insbesondere der Presse, den Illustrierten, dem Film, dem Radio — nicht gelingt, der deutschen Öffentlichkeit das Wesen und die Probleme des Orients in unvoreingenommener und umfangreicher Weise als bisher nahezubringen, wird von einer eigenen und positiven deutschen Orientpolitik in Zukunft nicht die Rede sein können, und Deutschland wird sein immer noch großes moralisches Guthaben im Orient verlieren. Selbstverständlich werden auch die arabischen Staaten mehr Anstrengungen machen müssen, um den Deutschen ein klares Bild der Verhältnisse im Orient zu vermitteln — und dies so bald wie möglich, andernfalls das Interesse der deutschen Öffentlichkeit am Orient noch weiter abzusinken droht. Was not tut, ist mehr aktive Propaganda auf arabischer Seite, und vor allem mehr Wissen voneinander auf beiden Seiten. Mögen sich die Deutschen des Vertrauens, das sie heute noch im ganzen Orient genießen, würdig erweisen und zu einer ehrlichen und engeren, fruchtbringenden Zusammenarbeit mit allen Ländern des Orients gelangen.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Siegt Atatürk über das Grab hinaus?

Gefahren einer klerikalen Renaissance

Gegenwärtig erlebt die Türkei eine innerpolitische Krise, die man sehr aufmerksam beobachten muß. Sie wird nicht von links provoziert, kann aber einmal, wie viele reaktionäre Strömungen, in diese Richtung münden. Bisher kennen die Türken keine kommunistische Gefahr, was den Neid vieler Völker erregt. Seit ein Schiff mit türkischen Kommunistenführern den Bosphorus entlangfuhr und dann ohne seine menschliche Ladung zurückkehrte, ist es nie mehr zu einer erwähnenswerten linksradikalen Bewegung gekommen. Russischerseits fand man sich damit ab und suchte nichtsdestoweniger Mustafa Kemal Atatürks Freundschaft und diplomatische Schützenhilfe.

Die Emanzipation dieses „Vaters der Türken“ (wörtliche Übersetzung für Atatürk) beruhte an erster Stelle auf dem laizistischen Prinzip, einer scharfen Trennung zwischen Kirche und Staat. Für den osmanischen Niedergang machte es vornehmlich die religiös-politische Personalunion von der höchsten Spitze bis zum kleinsten Verwaltungsposten verantwortlich. Tatsächlich be-

gann sie ja mit dem Sultan, der gleichzeitig Kalif war, — ein zu mohammedanischen Glaubenskriegen verpflichtender Titel. Islamatisches, auf nomadisierende Wüstenstämme abgestimmtes Recht (Scheria) triumphierte über modernes weltliches. Wehrlos war die Frau vorsintflutlichen Scheidungsgesetzen ausgeliefert: eine Scheidungserklärung ihres Mannes genügte. Außerhalb des Harems trug sie den Schleier.

Aberglaube bis zum Befragen des Horoskops, bevor man eine Schlacht wagte, lähmte sogar die Armee der kampfesmutigsten und einst siegreichsten Soldaten zweier Kontinente. Wissenschaften, ja selbst elementarste Naturereignisse durften nur soweit gelehrt werden, wie sie dem Koran nicht widersprachen.

In die Reihe der „Verbotenen“ fielen sogar Aristoteles und andere klassische Philosophen. Alles, was aus dem Abendland kam, galt als verdächtig. Beispielsweise führte man die erste Druckpresse erst 300 Jahre nach der Erfindung ein, weil Gutenberg eben ein Christ, ein Ungläubiger, war.

Das große Reformwerk

Als nun Atatürk sein großes Reformwerk begann und den Sprung über Jahrhunderte versuchte, schaltete er die Religion aus. Mögen manche es aus opportunistischen Gründen auch anders deuten wollen — seine Renaissance hatte rein weltliche Grundlagen und keine zusätzlichen kirchlichen wie jetzt etwa die General Naguibs in Ägypten.

Von dem damals herrschenden Klerus erwartete der erste türkische Staatspräsident nur reaktionäre Störungsversuche. So wurde er zwar nicht davongejagt, aber seine Macht gebrochen. Immer noch gab es Muftis. Verglich man aber ihre Position etwa mit der des Jerusalemer Muftis vor seiner Flucht, dann war dieser ein nahezu absoluter Herrscher, die anderen erinnerten an mittlere, abhängige Beamte. Viele Moscheen wurden geschlossen, und in Istanbul die auch historisch so bedeutungsvolle Aja Sofia (einst christliches Gotteshaus) zum byzantinischen Museum erklärt. Der Religionsunterricht verschwand aus dem Stundenplan der Schulen. Vielehe, Schleier und kirchliches Scheidungsrecht wurden abgeschafft. Im Berufsleben erhielt das weibliche Geschlecht vollkommene Gleichberechtigung.

Zwei Versuche Atatürks, etwa nach britischem Muster eine Opposition zu schaffen, scheiterten nicht zuletzt daran, daß strikt mohammedanische Kreise sie zu einem Sammelbecken für die Wiedereinführung der alten kirchlichen Vormacht mißbrauchen wollten. Ihnen war, wenn es auch

nur wenige auszusprechen wagten, der Anschluß an westliche Kultur und Zivilisation ein Greuel. Mit Mißbehagen beobachteten sie, wie junge Menschen nicht einmal mehr das vom Lateinischen ersetzte arabische Alphabet zu entziffern vermochten und wie sie ganz selbstverständlich den Sonntag statt des traditionellen Freitag als Wochenfeiertag hinnahmen. Daß man während des Fastenmonats Ramazan öffentlich ungestraft essen, trinken und rauchen durfte, empörte solche Elemente.

Mit dem Machtantritt der vorher oppositionellen Demokratischen Partei witterten alle Anti-Laizisten Morgenluft. In ihrer Wahlpropaganda hatte sie die Wiederherstellung großer religiöser Freiheiten versprochen. Da einige wirtschaftliche Tugenden schwerer einzuhalten waren, begann man mit der Kirche. Zunächst wurde dafür gesorgt, daß der Religionsunterricht wieder bis zur entlegensten Volksschule seinen Einzug hielt. Ja, er befindet sich weltlichem Wissen gegenüber sogar im Vorteil. Manches Dorf besitzt noch keinen Lehrer, aber sicherlich einen Iman (Dorfgeistlichen), der Koranunterricht erteilen kann.

Theoretisch wird jedes Kind von der Religionsstunde befreit, dessen Eltern diesen Wunsch schriftlich äußern. Praktisch liegt eine solche Willenskundgebung der Mentalität des Türken

Nach Atatürks Tod hatten sich die laizistischen Tendenzen kaum verändert. Zwischen ihm und seinem Nachfolger, dem langjährigen engsten Mitarbeiter *Ismet İnönü*, war es zu persönlichen Differenzen gekommen. Politisch aber gingen sie denselben Weg. Mustafa Kemal hatte die ihm angetragene Kalifenwürde abgelehnt. Der zweite Staatspräsident beobachtete sogar Einigungsbestrebungen der Araber mißtrauisch, nicht zuletzt, weil er von ihnen reaktionäre Rückwirkungen auf kirchlichem Gebiet erwartete. Daher war für İnönü auch die Arabische Liga ein negatives Element.

Ohne etwa je besonders judenfreundlich gewesen zu sein, begrüßte er Israels staatliche Wiedergeburt als willkommene Gegengewichtserscheinung. Schon unter İnönü wurde die Kirchensprache wieder ganz arabisch. Man verzichtete also auf den türkischen Gebetruf und eine teilweise türkisch gewordene Liturgie. Kurz bevor seine Partei ihre 27jährige Macht abtreten mußte, kam noch ein Gesetz heraus, das den Religionsunterricht in Elementarschulen fast obligatorisch machte. Beidemal handelte es sich um keine innere Umwandlung. Vielmehr waren taktische Gründe entscheidend. Stimmungen sollten aufgefangen werden, statt die nach Kriegsende legalisierte Opposition davon profitieren zu lassen.

Schon im Endstadium der İnönüschen Macht tauchten terroristische klerikale Gefahren auf. 1949 wurde deswegen ein Gesetz erlassen, das religiöse Unruhestifter auf gleiche Stufe mit illegalen Kommunisten stellte und auch ebenso hart bestrafte.

Die Demokratische Partei

nicht, und sie würde auf dem Dorf wahrscheinlich zur gesellschaftlichen Ächtung führen.

Landschullehrerseminare — eine Mischung aus praktischen und pädagogischen Fächern, neuerdings mit starkem Übergewicht der letzteren — spielen in der türkischen Volksbildung eine große Rolle. Auch dort gehört die Religion jetzt zum Lehrplan. Vor allem aber eröffnete man wieder die von Atatürk geschlossenen geistlichen Seminare. (Gegenwärtig gibt es etwa siebenundzwanzig.) In Konja mit seinen berühmten seldschukischen Moscheen meldeten sich gleich 300 Bewerber. Grundsätzlich konnte nur ein kleiner Teil der Interessenten akzeptiert werden. In den Seminaren wird der Koran auf arabisch gelesen, das nur noch wenige beherrschen oder mindestens zu entziffern vermögen. Auch dadurch versteiften sich bestimmte Tendenzen gegen das moderne lateinische ABC, das

Atatürk und seine Mitarbeiter einst im ganzen Lande auf Straßen und öffentlichen Plätzen lehrten. Schon 1950 schloß man der vorher ganz weltlichen Ankaraner Universität eine theologische Fakultät an.

Etwa bis zu diesem Punkt war die Regierung bereit, Zugeständnisse zu machen. Allzubald sah sie sich aber von einer Lawine neuer Wünsche und Forderungen bedroht. Schon ihr außenpolitischer Kurs erschwerte ein Festhalten an bestimmten laizistischen Prinzipien. Für das Kabinett Menders — zu Außenminister Professor Fuad Köprülüs Fächern gehörten arabische Lite-

ratur und Sprachen — sind die Araber kein negatives Element mehr wie zur Zeit İnönüs. Man suchte eine stärkere Annäherung und mußte sich daher hüten, den Anschein islamfeindlicher Handlungen zu erwecken. Etwas stürmischer äußerten sich einige fortschrittliche Zeitungskommentatoren über „Missionare“ aus Pakistan. Ernstere Schritte unterblieben aber, da es sich Ankara mit dieser größten mohammedanischen Macht nicht verderben wollte. Schließlich waren es ja die Mohammedaner Indiens, die einmal Großbritanniens starre Haltung gegenüber Atatürks junger Republik brachen.

Kompromißlos radikal: die Ticanis

Im Inneren sah sich die regierende Partei neuen politischen Gruppen gegenüber, die ihr durch betont religiöse Programme das Wasser abzugraben suchten. Kompromißlos radikal gebärdeten sich die Ticanis, eine Sekte nordafrikanischen Ursprungs. Sie wollten die kamalistische Revolution — Abschaffung des Fez, des Harems und der arabischen Schrift, um einige wenige Gebiete herauszugreifen — hundertprozentig wieder rückgängig machen. Mit dieser reaktionären ideologischen Zielsetzung nicht zufrieden, setzten bald direkte Störungsversuche ein.

Der Islam duldet eine Darstellung Gottes genau so wenig wie die seines Abbildes, des Menschen. Heute befindet sich aber selbst im kleinsten Ort ein Denkmal oder mindestens eine Büste Atatürks. Mit Äxten und anderen Demolierungswerkzeugen ausgerüstet, versuchten die Ticanis, teilweise mit Erfolg, ihre Zerstörung.

Bei der ungeheuren Popularität, die Atatürk als Begründer und Symbol des modernen Türkentums in allen fortschrittlichen Kreisen genießt, schien nun das schärfste Eingreifen unumgänglich. Bisher sind nacheinander nicht weniger als 79 Ticanis verurteilt worden. Das beweist ihr illegales Fortbestehen. (Genau genommen sind sie eine Fortsetzung der von Atatürk verbotenen Moslemischen Bruderschaften, Derwischorden usw., deren Unwesen so viele Araber und Perser zum Opfer fielen.)

Vor den Gerichtsschranken geben die Ticanis ihre fanatische Demagogie nicht auf. Immer wieder rufen sie den Richtern zu: „Ihr seid alle Ungläubige und Gottlose. Das Gericht ist ein Ort Allahs. Was haben Frauen hier zu suchen?“ Solche Exzesse erfolgen nicht etwa nur bei Anwesenheit einer Staatsanwältin, Richterin oder Schöffin. Vielmehr genügt eine einfache Gerichtsstenographin, um sie zu provozieren. Derartigen Einflüssen ist es wahrscheinlich zuzuschreiben, wenn Schleier und unschönere Gesichtstücher wieder öfters auftauchen.

Neben den Ticanis — und möglicherweise mit ihnen zusammen — wirkte auch die inzwischen gleichfalls als illegal erklärte „Mohammedanisch-Demokratische Partei“, aus deren Reihen die Abschaffung des Radio-Apparates als Teufelswerk verlangt wurde. Teilweise ging man sogar noch weiter und wollte sogar von Eisenbahn und Telefon nichts mehr wissen. Seit Atatürks Machtantritt liefen energische Bemühungen darauf hinaus, ein modernes Gesundheitswesen zu schaffen und die hygienischen Verhältnisse zu verbessern.

Plötzlich aber lehnten die Extremisten selbst Ärzte ab. Wie das früher außerhalb der großen Zentren (Istanbul, Izmir usw.) üblich war, sollten an ihre Stelle wieder Wunderkuren mit Koransprüchen und Amuletten treten. Alles Entgegenkommen der Regierung — sie bewilligte sogar Pässe und Devisen für 8000 Mekkapilger, während Atatürk vom Besuch der heiligen Kaaba nichts wissen wollte — resultierte nur in neuen Ansprüchen. Radikale Propagandablätter wuchsen aus dem Boden, darunter „Büyük Dogu“ (Der Große Osten), die mit ausländischem Kapital finanzierte Zeitung von strikt antijüdischem, antibritischem, proislamitischem und proarabischem Charakter. Viele Titelblätter solcher Presseerzeugnisse trugen Schriftzeichen des Korans, weil ihre Herausgeber das arabische Alphabet zurückwünschten. In scharfem Ton geschriebene Bücher forderten u. a. eine Fez-Renaissance. Seine Abschaffung hatte zu den ersten Reformen gehört, um damit schon rein äußerlich eine bisherige Isolierung von der westlichen Welt zu beenden.

Wenngleich es zu gelegentlichen Denkmalsdemolierungen und anderen Zwischenfällen dieser Art auch in den Großstädten kam, wurden sie

von der reaktionären Propaganda doch nur oberflächlich berührt. Sie entwickelten kaum mehr als ein intensiveres religiöses Leben. So baute man in Ankara die ersten beiden Moscheen seit dem ersten Weltkrieg. Zwei alte Damen hatten den Boden gestiftet. Auch in den Städten gaben die Vereinigungen für Koranstudium aus Sammlungen Geld zur Begründung neuer Seminare. Sonst aber hält sich selbst der Chef des Departments für Religiöse Angelegenheiten und der Mufti Eyup Sabri Hayrioglu (Sitz: Ankara) weise zurück. Er wird vom Ministerpräsidenten ernannt, vom Staatsoberhaupt bestätigt und darf als einziger mohammedanischer Geistlicher auch außerhalb der Moschee die Priesterrobe mit dem weißen Turban auf rotem Grund tragen. Nach seinen Erklärungen dem Verfasser gegenüber soll an den Grundmauern des Atatürkschen Reformwerkes nicht gerüttelt werden, schon weil die Volksmehrheit hinter ihr stünde.

Ein solches Aussterben des Fanatismus, der vor dreißig Jahren zum Laizismus geführt hatte, ist aber eben keine allgemeine Erscheinung. Allzu viele Hodschas und Imams mit ihren typischen halskrauseartigen Bärten wollten nicht nur größere Freiheiten für die Religion, sondern eiferten gegen die Trennung von Kirche und Politik, da sie den Lehren des Islams widerspräche. Dieser Grundsatz ist wiederum eine Errungenschaft, an der beide prinzipiellen Parteien, die regierenden Demokraten und İnönüs oppositionelle Republikanische Volkspartei, strikt festhalten. Schon für die Wirtschaft wäre jede rücklaufende Entwicklung katastrophal. Fünfmal tägliche Arbeitsunterbrechungen durch vorgeschriebene Gebetsübungen könnte sich keine moderne Industrie leisten. Käme es gar wieder zum alten Wochenfeiertag — er beginnt bereits Donnerstag bei Sonnenuntergang — dann wäre die Türkei beinahe ein Viertel der Woche vom Welthandel abgeschnitten.

Reaktionäre Einflußgebiete

Beachtenswert ist auch ein außenpolitischer Hintergrund. Am stärksten dringen reaktionäre und terroristische Einflüsse natürlich dorthin, wo die Zivilisation keinen — oder kaum mehr — Einlaß findet. Damit sind vor allem jene Gebiete Ostanatoliens gemein, die abseits von Eisenbahn und Verkehrsstraßen liegen. Unweit der Sowjetunion grenzen sie entweder direkt an das russische Imperium (Kars usw.) oder an Persien. Jede Störung und Unruhe in dieser Ära bringt selbstverständlich besondere Gefahrenmomente mit sich. Hier lebt auch eine starke und in sich abgeschlossene kurdische Bevölkerung. Von der Ankaraner Regierung Bergtürken genannt und als Nationalität nicht anerkannt, fühlt sie sich aber durchaus als solche. Fäden laufen zu den Kurden Persiens und des Irak.

Vermutlich durch diesen Kanal wurden erste Beziehungen zwischen extremistischen persischen Gruppen und der Mohammedanisch-Demokratischen Partei hergestellt. Da die Reaktion und die kommunistische Tudeh in Persien einander manche Bälle zuspiesen und oft sogar gemeinsam demonstrieren, lag ein von vielen Zeitungen

ausgesprochener Verdacht nahe. Man darf annehmen, daß der Bolschewismus, dem die Vordertür verschlossen bleibt, den Eingang nach der Türkei unter anderen Titeln durch Hintertore sucht.

Mit tiefer Sorge betrachten auch die Minderheiten — Griechen, Armenier und Juden — alle aggressiven Strömungen. Im Kriege hatten sie durch wirtschaftliche Benachteiligung, ungerecht angezogene Steuerschraube, Zwangsarbeit in Anatolien usw. viel gelitten. Heute steht ihre völlige Gleichberechtigung auf dem Spiel, die die demokratische Regierung einführt.

Angehörige der Mohammedanisch-Demokratischen Partei gingen dann zum offenen Angriff über. Getreu den Moralauffassungen des Islams soll die Frau ein völlig abgeschlossenes Leben führen. Schon öffentlicher Tanz ist sündhaft, und bis zum heutigen Tage gehört der Flirt, selbst in Großstädten, zu den unbekanntesten Gesellschaftsspielen. Daher war die Idee der Istanbuler Zeitung „Vatan“, eine weibliche Schönheitskonkurrenz zu veranstalten, deren Siegerin als „Miss Turkey“ nach Kalifornien geschickt werden

sollte, geradezu revolutionär. Chefredakteur des Blattes ist *Ahmed Emin Yalman*. Während eines Aufenthaltes in der kleinen ostanatolischen Stadt Malatija wurde ein Attentat auf ihn verübt, und er erlitt durch mehrere Revolverkugeln schwere Verletzungen. Yalman, ein Journalist englischen Stils, hatte schon immer eine scharfe Feder, die er gegen alle antiliberalen Strömungen, linke wie rechtsreaktionäre, zückte. Leidenschaftlich trat er für kompromißlose Trennung von Staat und Kirche ein, selbst wenn die Bevölkerung fast ausschließlich der gleichen Religion angehört — wie in seinem Lande. Daher dürfte die Schönheitskonkurrenz für manche Gegner nur ein willkommenes Vorwand gewesen sein, um unter populärer moralischer Tarnung einen tödlichen Schlag gegen diesen unerschrockenen Kämpfer zu versuchen.

Gerade dieses Attentat öffnete viele, vorher noch verständnisvoll zgedrückte Augen. Ohne Glacéhandschuhe, aber auch ohne die neuen religiösen Rechte anzutasten, wurde gegen reaktionäre und terroristische Tendenzen oder Überspitzung drakonisch vorgegangen. Die Ankaraner

Einheitsfront gegen die Reaktion

Auch *Hikmet Bayur* — Mitbegründer von Millet und schon seit 1940, damals noch im Rahmen der Einheitspartei, ein Oppositioneller, somit der erste überhaupt — hatte sich diese Zielsetzung zu eigen gemacht. Wahrscheinlich sah er nach den verschiedenen Exzessen doch ein, welchen Zwecken ihre Realisierung dienen würde. So trennte sich Bayur von seinem politischen Kinde und erleichterte dadurch das sofort folgende Verbot. Er genießt außerordentliches Prestige, diente doch die Familie der Türkei seit mehreren Generationen an höchster Staatsspitze, bis zum Großvezier hinauf. Nicht zuletzt besitzt *Bayur* einen wohlverdienten Ruf als bedeutendster türkischer Historiker.

Jedoch durfte die Demokratische Partei auch den Balken im eigenen Auge nicht übersehen. *Fehmi Ustaoglu*, ihr Samsuner Abgeordneter, hatte in der Zeitung seines Wahlbezirkes „*Büyük Cihad*“ unumwunden erklärt, Atatürk sei bisher bei weitem überschätzt worden und die Türkei verdanke den anatolischen Sieg einigen Ulema (Geistlichen) sowie den von ihnen abhängigen militärischen Führern.

Nachdem sich auch die Demokratische Partei, die heute regiert, in ihrer ganzen Ideologie auf

Regierung scheute sich nicht einmal vor dem Verbot Millets, der einzigen ernstzunehmenden politischen Konkurrenz neben Inönüs Republikanern. Millet, die Nationalpartei, war wirtschaftlich ultraliberal und wurde, immer schon betont religiös, zum Auffanglager für bestimmte Dunkel männer, die keine andere Plattform mehr fanden. Eines ihrer Ziele hieß „Religionsunterricht auch in den Gymnasien“, ein anderes weittragenderes „Aufhebung der staatlichen Kontrolle über EFKAV“. EFKAV sind die religiösen Hinterlassenschaften, zu denen nicht etwa nur Moscheen und Museen, vielmehr auch Häuser, Theater, Kinos, Hotels, geschäftliche Unternehmungen der verschiedensten Art und Riesenländereien gehören. Gegenwärtig werden sie von einer besonderen, dem Ministerpräsidenten direkt unterstellten Generaldirektion verwaltet.

Eben diese finanzielle Basis erlaubte es dem Mufti von Jerusalem und vielen anderen religiösen Führern, eine Geldmacht zu sein und über unzählige Existenzen zu verfügen, sie zu beherrschen.

Atatürk und den Kamalismus beruft — am Geburts- und Todestage Mustafa Kemals ziehen jedesmal Trauerprozessionen zum Mausoleum — bedeutete diese Stellungnahme eine Provokation ersten Ranges. Immerhin dauerte es noch ein paar Monate, bis *Fehmi Ustaoglu* im Disziplinarverfahren ausgeschlossen wurde.

Demokraten und Republikanische Volkspartei waren trotz geringen weltanschaulichen Differenzen spinnefeind. Nach orientalischer Art äußerte sich das weniger in prinzipiellen Auseinandersetzungen als in persönlichen und allerpersönlichsten Polemiken. *Kazim Gülek*, der Generalsekretär der Oppositionspartei, hatte das Wort von einer „demokratischen Sanktionierung der klerikalen Renaissance“ geprägt. Junge Intellektuelle, Studenten usw., die bei den letzten Wahlen Inönü verließen, waren zurückgekehrt, weil ihnen der neue Kurs unkamalistisch oder nicht fortschrittlich erschien.

Solche Vorteile aus einer politischen Konjunktur verführte die Opposition aber nicht dazu, über wirkliche Gefahren hinwegzusehen. Im Augenblick erschien ihr eine Einheitsfront gegen die Reaktion und für den Kamalismus wichtiger als jeder taktische Vorteil. Da die Regierung zur

gleichen Schlußfolgerung gekommen war, hörten gegenseitige polemische Angriffe und Verleumdungen auf. Noch nie war das Verhältnis zwischen den beiden Parteien ein so korrektes, wenn nicht harmonisches. Daher scheint es nicht einmal ausgeschlossen, daß nach den nächsten Wahlen, wenn nicht eine neuerliche Verschmelzung, so doch eine starke Koalition zustandekommen wird. Sollte diese Voraussage zutreffen, dann wäre das gleichbedeutend mit einem Siege Atatürks über das Grab hinaus¹⁾.

1) Seit dieser Artikel geschrieben wurde, sind einige Ereignisse bemerkenswert:

1. Im Rahmen der Istanbuler Festmonate (500jähriges Jubiläum der Eroberung durch die Türken) wurde auch die „Miß Europa“ gewählt. Diese Veranstaltung verlief ohne jegliche Zwischenfälle.

2. Man kam einem kommunistischen Geheimbund auf die Spur, der hauptsächlich aus Intellektuellen bestand. Aus dem Hochverratsprozeß ergeben sich jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit engste Beziehungen zu klerikal-terroristischen Elementen.

3. Durch den Beginn der Wahlpropaganda hat sich die Stimmung zwischen den beiden großen Parteien wieder etwas verschärft, doch dürfte es sich hierbei mehr um eine momentane als um eine ständige Entwicklung handeln.

4. In seiner Regierungsrede vor dem Parlament hat Staatspräsident Celal Bayar zum erstenmal die arabischen Staaten, die während der letzten Jahre stets umschmeichelt wurden, überhaupt nicht erwähnt. Man nimmt es ihnen in Ankara übel, daß sie keine Tendenzen zur Beteiligung am Atlantikpakt zeigen. (Die Türken betrachten ihn als Kernstück der Verteidigung gegen den Osten.) Vor allem aber verstimmte die Kairoer Haltung während der Suez-Kanal-Verhandlungen mit Großbritannien. General Naguib war zu Zugeständnissen über eine britische bzw. angelsächsische Neubesetzung dieser wichtigen militärischen Base im Falle eines Angriffs auf einen arabischen Staat, nicht aber bei einem Angriff auf die mohammedanische Türkei bereit. Der türkisch-israelische Kontakt ist hingegen wieder herzlicher geworden, was sich auch auf handelspolitischem Gebiet bemerkbar macht.

Anmerkung

Professor Bernard Lewis, Ph. D., F. R. Hist. S., lehrte seit 1938 an der Schule für Orientalische und Afrikanische Studien, London, Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens und wurde 1949 für dieses Fachgebiet auf den Lehrstuhl der Universität London berufen. Er diente in der Armee seit 1940 und war einige Jahre Angehöriger des Auswärtigen Amtes. Sein bekanntestes Buch ist „*The Arabs in History*“ (1950).

Abdel Megid Amin ist ein freier, arabischer Publizist, der in persönlicher Unabhängigkeit die Probleme der westlichen Kultur und Politik studiert und dessen Eintreten für eine engere, deutsch-orientalische Zusammenarbeit bekannt ist. Er lebt zur Zeit in Kairo.

Alfred Joachim Fischer, ein reisender Auslandskorrespondent, hat die Türkei mehrfach vor und nach dem Kriege besucht und stets mit besonderem Interesse die Beziehungen zwischen Staat und Islam studiert.